



MÜHLACKER TAGBLATT



Donnerstag
15. Dezember 2022

68. Jahrgang
Nr. 290, E 4984 A 2,10 €

Knittlingen

Eine Demo unter anderem gegen die Russland-Sanktionen sorgt, zeitgleich zum Weihnachtsmarkt, für Aufregung und Ärger

► Seite 12

Enzkreis/Pforzheim



Foto: Fotomoment

Der Wintereinbruch hat den Verkehr besonders hart getroffen. Auch in der der Region kam es zu zahlreichen Unfällen

► Seite 9

Mühlacker

Entlastungen: Nur wer seine Rechnungen an die Stadtwerke per Überweisung bezahlt, muss im Dezember selbst aktiv werden

► Seite 11

Illingen

Pläne für Seniorenwohnungen: Der Gemeinderat macht Druck, doch Bürgermeister Pioch hat ganz andere Vorstellungen

► Seite 14

Mühlacker



Foto: Archiv

Stahlträger sind verrostet: Ein Ingenieur entdeckt bei einer Begutachtung der Enzbrücke in Mühlhausen weitere Schäden

► Seite 9

Börse

Dax	Euro-Stoxx 50	Euro
14460,20 Pkt. -37,69 Pkt.	3975,26 Pkt. -11,57 Pkt.	1,0649 Dollar +1,04 Cent

Wetter



Mittags 0° | Nachts - 2°
Es bleibt stark bewölkt mit gebietsweisem Schneefall



Viele im Land gehen skeptisch ins neue Jahr

BaWü-Check Eine neue Umfrage der Südwestverlage zeigt, dass die Stimmung gedämpft ist. Das Flüchtlingsproblem steht aber nicht im Mittelpunkt.



Foto: Adobe Stock/ironia, Montage: Sebastian Rückeberte

VON KAI HOLOCH

STUTT GART. Die hohe Inflationsrate, der Krieg in der Ukraine und die Unsicherheit über die weitere Entwicklung im Land dämpfen kurz vor Weihnachten die Stimmung der Bürger im Land. Das zeigt eine repräsentative Meinungsumfrage, die das Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der baden-württembergischen Tageszeitungen durchgeführt hat.

49

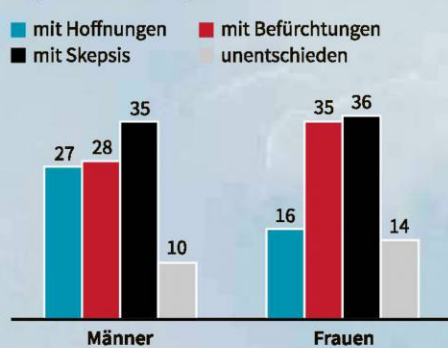
Prozent der Befragten sehen die Flüchtlingspolitik des Landes kritisch.

Zwar haben sich laut BaWü-Check viele ein wenig an die Krisensituation gewöhnt. So ist die Zahl der Bürgerinnen und Bürger, die ausgeprägte Befürchtungen für die Entwicklung in den kommenden zwölf Monaten haben, von 38 auf 32 Prozent gesunken. Das führt aber nicht zu einem Anstieg bei der Zahl derjenigen, die mit Hoffnungen ins kommende Jahr gehen. Nach wie vor verharrt dieser Wert bei 21 Prozent.

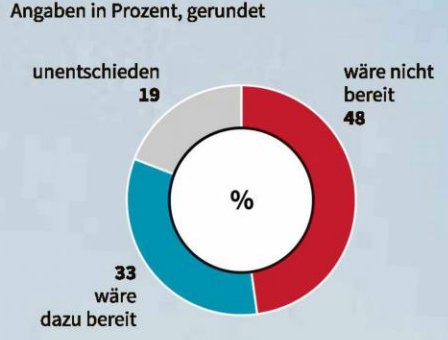
Besonders geringe Hoffnungen haben Frauen (16 Prozent) und mit 18 Prozent Menschen, die älter als 60 Jahre sind. Immerhin sind 27 Prozent der Männer und 29 Prozent der unter 30-Jährigen optimistisch gestimmt.

Stimmung im Südwesten

Wie sehen Sie den kommenden zwölf Monaten entgegen?
Angaben in Prozent, gerundet



Wären Sie bereit, Flüchtlinge aus der Ukraine aufzunehmen - unabhängig davon, ob es bei Ihnen machbar wäre?
Angaben in Prozent, gerundet



Quelle: IFD-Allensbach für Baden-Württemberg

Derzeit ist die Schar der Skeptiker deutlich größer geworden: Zählten die Meinungsforscher im August noch 29 Prozent der Baden-Württemberger zu dieser Gruppe, so sind es nun bereits 35 Prozent. Allerdings gibt es ein weitverbreitetes Unbehagen gegenüber der Flüchtlingspolitik des Landes. Nur 27 Prozent stellten dem Land ein positives Zeugnis aus, 49 Prozent sehen die Arbeit von Grün-Schwarz in diesem Bereich kritisch.

Laut BaWü-Check gibt es nach wie vor großes Verständnis für die Situation der Flüchtlinge aus der Ukraine – die Bereitschaft, Flüchtlinge aus dem Krisengebiet aufzunehmen, nimmt rund zehn Monate nach Kriegsbeginn zwar langsam ab, ist aber immer noch beachtlich. Selbst die Tatsache, dass für die Flüchtlingsunterbringung wieder Sporthallen genutzt werden müssen, stößt auf vergleichsweise breites Verständnis. Dennoch scheint das Interesse in der Bevölkerung des Landes an dem Thema begrenzt zu sein. So vermögen 25 Prozent der Befragten nicht zu sagen, ob in jüngerer Zeit in ihrer Region viele Flüchtlinge untergebracht wurden.

34 Prozent trauen sich kein Urteil bei der Frage zu, woher die meisten Flüchtlinge kommen. Das sei umso verwunderlicher, als seit Kriegsbeginn vor allem Menschen aus der Ukraine nach Deutschland gekommen sind, so die Meinungsforscher.

Kommentar

Glatteis: Kliniken in Südbaden überlastet

Der Wintereinbruch hat den Südwesten voll erwischt. Auf den Straßen gibt es Hunderte Unfälle.

FREIBURG/TÜBINGEN. Schneefälle und gefährliches Glatteis haben im Südwester chaotische Zustände ausgelöst. Auf der Straße gab es landesweit Hunderte Verkehrsunfälle, es gab Sachschäden und Menschen wurden verletzt, so die Behörden.

Besonders schlimm sah es in Südbaden aus: Weil Kliniken wegen der vielen Unfälle überfüllt waren, bauten Rettungskräfte einen Behandlungsplatz in der Freiburger Messehalle auf. Bis zu 15 Verletzte konnten dort zeitgleich medizinisch versorgt werden so das Rote Kreuz. Auch die Notfallaufnahme der BG Klinik Tübingen ist nach Angaben einer Sprecherin voll ausgelastet gewesen.

Auf den Wintereinbruch sollen in der nächsten Woche vergleichsweise milde Temperaturen folgen.

dpc

Kommentar

Flüchtlingskrise fordert die Politik

Der BaWü-Check zeigt, dass die Bürger Geflüchteten helfen wollen, aber mit der Politik unzufrieden sind.

VON KAI HOLOCH

Der von den baden-württembergischen Tageszeitungen in Auftrag gegebene BaWü-Check ist ein wichtiges Barometer für die Stimmungslage im Land. Beim aktuellen Check fallen gleich zwei Dinge ins Auge. Zum einen ist es die immer noch vorhandene große Bereitschaft, ukrainische Flüchtlinge im Land aufzunehmen und diese bei ihrer Integrationsbemühungen zu unterstützen. Dass viele Bürger dabei sogar in Kauf nehmen, dass Turnhallen für die Erstaufnahme umgewidmet werden, macht deutlich, wie sehr sich die aktuelle Flüchtlingswelle vor der im Jahr 2015 unterscheidet.

Zum anderen gibt es eine bemerkenswerte Unzufriedenheit mit der Flüchtlingspolitik der grün-schwarzen Landesregierung. Dass 49 Prozent der Befragten mit dem Vorgehen unzufrieden sind – und nur 27 Prozent diese gutheißen –, lässt sich zwar nicht allein den politischen Entscheidungen der Regierung zuschreiben: Für Regelungen, um einen Pull-Effekt zu vermeiden, oder für die nach Meinung vieler Bürger zu laxen Grenzkontrollen ist der Bund zuständig.

Soll die Stimmung nicht kippen, muss das Land aber schnell die Hausaufgaben machen: Zwar führt wohl kein Weg daran vorbei, die Landeserstaufnahmestelle in Ellwangen noch einmal zu verlängern. Dazu angetan, das Vertrauen der Bürger in Zusage der Landesregierung zu stärken, ist diese Maßnahme gewiss nicht. Solche Fehler dürfen sich nicht wiederholen.

Spielwarenläden immer stärker unter Druck

Die Fachgeschäfte verlieren massiv Umsatz an Drogerie- und Verbrauchermärkte sowie Discounter.

STUTT GART. Die kleinen Spielwarenfachgeschäfte haben immer weniger Anteil am Branchenumsatz. „Schon seit Jahren entdecken viele branchenfremde Unternehmen das Spielwarensortiment für sich“, sagte Sabine Hagmann, Hauptgeschäftsführerin des Handelsverbands Baden-Württemberg, unserer Zeitung. Nach Erhebungen des Handelsverbands Spielwaren wird nur noch jeder sechste Euro in einem Fachgeschäft umgesetzt, wozu aber auch Spielwarenketten und Drogeriemärkte Müller zählen.

Mehr als die Hälfte des Umsatzes wird online erzielt, ein weiteres Drittel setzen Verbrauchermärkte, Buchhändler oder Discounter um. Laut Bundesverband E-Commerce und Versandhandel hat in Deutschland in den letzten zehn Jahren jedes vierte Spielwarengeschäft aufgegeben. dag

Wer Staatshilfe kassiert, muss Boni einschränken

Unternehmen, die in hohem Maße Unterstützung aus den Energiepreisbremsen erhalten, dürfen keine Dividenden zahlen.

VON MATTHIAS SCHIERMEYER

STUTT GART. Die Wirtschaft hadert immer mehr mit der staatlichen Entlastung von den hohen Energiekosten. „Die Gaskommission wollte ein einfaches Zielpreisniveau, das den Unternehmen Planungssicherheit gibt“, betont ein Sprecher der Unternehmer Baden-Württemberg (UBW). „Jetzt haben wir in den Gesetzentwürfen ein sehr komplexes Rabattsystem mit vielen Kriterien, in die sich die Unternehmen unterschiedlich einordnen. Wir brauchen dringend umfassendere, passgenauere und unbürokratischere Strom- und Gaspreisbremsen.“

Neuester Aufreger ist eine Regelung der Ampelregierung, die eine Auszahlung von Boni und Dividenden an die Unternehmensführung verhindern soll, wenn diese Staatshilfen aus der Gas- und Energiepreisbremse in Höhe von mindestens 50 Millionen Euro in

Anspruch nimmt. Bei einer Unterstützung zwischen 25 und 50 Millionen Euro dürfen bestimmte Boni-Zahlungen im kommenden Jahr nicht angehoben werden. Die Dividenden bleiben da noch unberührt. Aus Sicht des Verbandes der chemischen Industrie geht diese Regelung „meilenweit an den Realitäten in den Unternehmen vorbei“.

Derweil hinterlässt das kalte Winterwetter Spuren an den Beständen der staatlichen Gasspeicher: Allein am Montag ist ein ganzer Prozentpunkt daraus entnommen worden. Der Chef der Bundesnetzagentur, Klaus Müller, ruft nachdrücklich zum Energiesparen auf. „Trotz der Kälte meine Bitte: Gehen Sie achtsam mit dem Gasverbrauch um“, sagte er an die Adresse von Privathaushalten und Unternehmen. Von einer Mangellage sei Deutschland dennoch „sehr, sehr weit entfernt“. Nach Angaben vom Mittwoch betrug der Füllstand zuletzt 92,45 Prozent.

Frankreich entzaubert Marokko

AL-CHAUR. Frankreichs Weltmeister haben das traumhafte WM-Märchen Marokkos jäh beendet und greifen schon wieder nach dem goldenen Pokal. Die Equipe Tricolore setzte sich am Mittwoch gegen den ersten afrikanischen Halbfinalisten überhaupt etwas glücklich mit 2:0 (1:0) durch und trifft am Sonntag im großen Endspiel auf Lionel Messi Argentinien. Den Marokkanern bleibt der Stolz, bei der WM in Katar jetzt schon Historisches geleistet zu haben. Am Samstag können die Nordafrikaner gegen Kroatien noch Platz drei erreichen. In der Heimat fieberten und zitterten Millionen Menschen mit – mindestens die Verlängerung wäre vor 68 294 Zuschauern im Al-Bait Stadion verdient gewesen. dpc

Städtetag im Südwesten setzt Hilferuf ab

Baden-Württemberg hat in diesem Jahr 142 000 Ukrainer und 24 000 Asylbewerber aufgenommen.

BERLIN. Der baden-württembergische Städtetag schlägt in einem Brief an die baden-württembergischen Innenpolitiker des Deutschen Bundestages Alarm. Baden-Württemberg habe in diesem Jahr bereits 142 000 Geflüchtete aus der Ukraine und 24 000 Asylbewerber aufgenommen. All diese Menschen seien früher oder später auf regulären Wohnraum und auf Kinderbetreuungsangebote angewiesen. Registrierung, Unterbringung und Betreuung zwingen die Städte immer wieder zu unvorhergesehenen Anpassungen innerhalb der Verwaltung. In Verbindung mit den anstehenden Rechtsänderungen wie der Wohngeldreform und dem Personalnotstand stellen diese eine enorme Herausforderung dar.

Der Städtetag wendet sich mit vier Forderungen an die Politik. Der Bund müsse „einen sichtbaren, unbürokratischen und insbesondere finanziellen Beitrag“ zur Stärkung des Wohnungsmarktes leisten. Die von der Bundesinnenministerin angekündigte Bereitstellung zusätzlicher Bundesimmobilien werde wohl keine kurzfristige Entlastung schaffen werde, „da die vom Bund gemeldeten Liegenschaften überwiegend unbebaut“ und zum Teil nicht erschlossen seien. Ferner wird gefordert, dass der Bund eine Diskussion zur besseren Steuerung und solidarischen Verteilung von Geflüchteten innerhalb Europas anstoße. Die dritte Forderung bezieht sich auf das Bauplanungs- und Vergaberecht. Der Bund, so der Wunsch des Städtetags, solle dringend die zu hohen Standards absenken.

Die vierte Forderung ist überraschend. Der Bund, heißt es in dem Schreiben, müsse „die Ukraine unterstützen, Maßnahmen zur Binnenmigration von Geflüchteten innerhalb der Ukraine zu intensivieren“. Diese Binnenmigration findet allerdings in der Ukraine längst statt. *nwa*

Das Zitat des Tages



„Die Preisbremsen bremsen – aber sie sind an einigen Stellen verbesserungsbedürftig, weil sie nicht gezielt wirken.“

Ramona Pop, Chef des Verbraucherzentrale Bundesverbands, zu den Energiepreisbremsen

Kurz berichtet

Justiz durchsucht Büros von Macrons Partei und McKinsey

PARIS. Frankreichs Justiz hat im Zuge von Ermittlungen zur Wahlkampffinanzierung von Präsident Emmanuel Macron Büros seiner Partei sowie der US-Beratungsfirma McKinsey durchsuchen lassen. Die Durchsuchungen seien Teil der Ende Oktober eingeleiteten Ermittlungen wegen des Vorwurfs der unkorrekten Führung von Wahlkampfkonten sowie der Begünstigung und der Beihilfe zur Begünstigung, teilte die Finanzstaatsanwaltschaft in Paris mit. Zentral ist die Frage, ob Macron illegal von den Diensten der Beratungsfirma profitiert hat. *dpa*

Peru ruft wegen Unruhen Ausnahmezustand aus

LIMA. Die Regierung in Peru hat angesichts der zunehmend gewaltsamen Proteste gegen die Absetzung von Präsident Pedro Castillo den Ausnahmezustand über das ganze Land verhängt. Dieser gilt laut Außenminister Luis Alberto Otárola für 30 Tage. Die Polizei würde mit Unterstützung der Streitkräfte die Ordnung aufrechterhalten, sagte Otárola. Damit gebe die Regierung eine „energische und nachdrückliche“ Antwort auf gewaltsame Akte, Vandalismus und die Blockade von Straßen. *dpa*

Ein Polizist, ein Soldat, eine Richterin, eine Ärztin, ach ja, und ein Adliger aus stolzem Hause. Die Liste ließe sich verlängern. Die Mitglieder der aufgedeckten Verschwörer-Gruppe sind keine verkrachten Desperados, denen im Leben nichts glückte und die deshalb ihr Schicksal auf einen Umsturz setzten wie andere auf ein schnelles Pferd. Was ist davon zu halten? Große Teile der „Reichsbürger“-Szene haben ja durchaus gesetzten sozialen Hintergrund. Sind das Indizien dafür, dass sich das Bürgertum radikalisiert?

Ein Problem dieser These liegt darin, Bürgerlichkeit mit gutem Beruf und gefülltem Geldbeutel zu identifizieren. Manche hätten das gerne so. Aber Bürgerlichkeit hat eben nicht zuletzt eine moralische Komponente: eine nicht am Einkommen orientierte Festigkeit im Wissen, was anständig ist und was eben nicht. Insofern ist dieser Haufen sozial gut gestellter Demokratieverächter nie bürgerlich gewesen. Aber abgesehen vom Adligen kommen seine Mitglieder eben doch aus der Mitte der Gesellschaft. Es wäre naiv und gefährlich zu übersehen, dass es in dieser Mitte ziemlich gärt.

Die Mitte, definiert als Milieu mit erarbeiteterem bescheidenem Wohlstand, hat in jeder Gesellschaft ein herausgehobenes Interesse an Stabilität und eine latente Furcht vor Abstieg und Verlust. Die erreichte Sicherheit ist

Leitartikel

In Deutschlands Mitte gärt es

Die Flucht zu den einfachen Antworten oder in die Blase der Gleichgesinnten kann eine Versuchung sein.

VON NORBERT WALLET



aber gegenwärtig Gefahren ausgesetzt: Die Globalisierung zwingt viele traditionell erfolgreiche Wirtschaftszweige zu radikalen Umstellungen. Altes Wissen zählt weniger, und die Fähigkeit zu schneller Aufnahme neuer Informationen wird wichtiger. Gleichzeitig verändert die rasche Digitalisierung unsere Lebensweisen und Kommunikationswege. Zuwanderung verändert das Gesicht der Gesellschaft, und eine selbstbewusstere Vertretung der Interessen von Minderheiten verlangt eine behutsamere Sprache ab. Die nicht greifbare Drohung kommender

klimatischer Katastrophen färbt das Bild zusätzlich grau.

Manchen gelingt diese Umstellung, und sie können die neue Zeit mit ihrem Tempo und ihrer Weltoffenheit genießen oder sich ihr zumindest stellen. Andere fühlen sich angesichts dieser neuen Unübersichtlichkeit abgehängt. Das Gefühl verstärkt sich, wenn der öffentliche Dialog von den schnellen städtischen Eliten beherrscht wird, die selbstverständlich davon ausgehen, jeder müsse die neue Entgrenzung als Chance, nicht als Trauma empfinden.

Extremisten nennen Schuldige: wahlweise „die“ Politiker oder „die“ Zuwanderer.

Antisemitismusbeauftragter gewinnt im Twitter-Streit

Das Landgericht Frankfurt verurteilt den Kurznachrichtendienst dazu, falsche Kommentare zu löschen.

VON EBERHARD WEIN

FRANKFURT. Betroffene können vom Kurznachrichtendienst Twitter verlangen, dass falsche oder ehrverletzende Tweets über sie gelöscht werden. Das hat das Landgericht Frankfurt am Mittwoch klargestellt. Auch sinnvolle Kommentare mit identischem Äußerungskern muss Twitter demnach entfernen, sobald es von der konkreten Persönlichkeitsrechtsverletzung Kenntnis erlangt habe, erklärte die Presse-



Foto: dpa/Hannes P. Albert

„Hass darf kein Geschäftsmodell sein.“

Michael Blume, Antisemitismusbeauftragter, über Verurteilungen in sozialen Netzwerken

„Die Entscheidung zeigt, das Internet ist kein rechtsfreier Raum“, sagte die Vorsitzende Richterin Ina Forst. Geklagt hatte der Antisemitismusbeauftragte des Landes, Michael Blume (CDU). Ihm war von einem rechten israelischen Journalisten, von dem er sich seit Jahren gestalkt fühlt, auf Twitter „eine Nähe zur Pädophilie“ und ein „Seitensprung“ unterstellt worden. Außerdem wurde in den im September 2022 geposteten Kommentaren verbreitet, er sei in „antisemitische Skandale“ verstrickt und „Teil eines antisemitischen Packs“.

Die Pressekommission stellte in dem Eilverfahren nun fest, dass diese ehrenrührigen Behauptungen unwahr seien. Die Bezeichnung als Antisemit sei zwar zunächst eine Meinungsäußerung. Sie sei aber jedenfalls in dem gewählten Kontext rechtswidrig, denn sie trage nicht zur öffentlichen Meinungsbildung bei und zielen erkennbar darauf ab, Stimmung gegen den Antisemitismusbeauftragten zu machen. Nachdem Blume die Ent-

fernung der Kommentare verlangt habe, hätte Twitter sie unverzüglich löschen müssen, so die Kammer. „Das Unterlassungsgebot greift nicht nur dann, wenn eine Äußerung wortgleich wiederholt wird, sondern auch, wenn die darin enthaltenen Mitteilungen sinngemäß erneut veröffentlicht werden.“

Blume sprach in Stuttgart von einem „bewegenden Tag“. Er hoffe, dass nun auch andere Trolling-Opfer an die Öffentlichkeit gingen und Mut fassten, sich zu wehren. „Hass darf kein Geschäftsmodell sein“, sagte Blume. Sein Anwalt Chan-jo Jun, der im April vor der gleichen Kammer bereits ein wegweisendes Urteil für die Grünen-Politikerin Renate Künast im Streit mit dem Facebook-Konzern Meta erstritten hatte, sagte, der Rechtsweg sei noch lang. Dennoch müsse

Twitter nun hohe Ordnungsgelder und sogar Ordnungshaft für Manager befürchten.

Twitter hatte im Verfahren erklärt, eine Moderation sei ein zu großer Aufwand. Das Gericht verwies jedoch darauf, dass dem Unternehmen keine allgemeine Monitoring-Pflicht im Hinblick auf seine rund 237 Millionen Nutzer auferlegt werde. Eine Prüfpflicht bestehe nur im Fall von Beschwerden.

Josephine Ballon von der Organisation Hate Aid, die Blume bei dem Prozess unterstützt hatte, wies darauf hin, dass Twitter als einziges Netzwerk kein Beschwerdeverfahren installiert habe. Dass Twitter Deutschland einfach egal ist, glaube sie nicht. „Sie waren vor Gericht immerhin anwaltlich vertreten.“ Das Urteil (AZ: 2-03 O 325/22) ist noch nicht rechtskräftig.

Kommentar

Twitter ist kein Stammtisch

Das Landgericht Frankfurt nimmt die Netzwerkbetreiber in die Pflicht.

VON EBERHARD WEIN

FRANKFURT. Für Elon Musk ist sein Kurznachrichtendienst Twitter wohl so etwas wie eine digitale Eckkneipe, in der er als Wirt die Biere serviert, aber mit den Gesprächen am Stammtisch nichts zu tun hat. Sollte sich jemand von einem Zechkumpanen beleidigt fühlen, soll er doch bitte schön die Polizei rufen, respektive sich an ein Gericht wenden.

Dass es so einfach nicht ist, hat das Landgericht Frankfurt nun eindrücklich klargestellt. Natürlich kann Twitter nichts dafür, wenn sich ein Nutzer am digitalen Stammtisch danebenbenimmt. Das Unternehmen kann auch nicht verhindern, dass jemand die

Plattform missbraucht. Sobald Twitter aber von rechtswidrigen Inhalten erfährt, muss es handeln. Da endet die Parallele zum fröhlichen Kneipenabend. Dort verklingen Beleidigungen, auf der Plattform wirken sie fort – wenn sie nicht gelöscht werden.

Im Grunde gelten damit für die sozialen Netzwerke die gleichen Vorgaben, die auch für klassische Presseorgane selbstverständlich sind. Dass das Landgericht Frankfurt dies nun klargestellt hat, ist eigentlich nicht überraschend. Mit seinem Kurs, unter dem Vorwand der Meinungsfreiheit jede Beleidigung zuzulassen und bekannte Hetzer auf seine Plattform zurückzuholen, könnte der Milliardär Musk noch Schiffbruch erleiden.

Das alles kann sich zu einem Gefühl der Verlorenheit in der neuen Zeit verdichten, über das sich niemand erheben darf. Es ist da, und es ist ernst zu nehmen. Wenn dieses Gefühl des Nicht-verstanden-Werdens und Nicht-mehr-Verstehens nur noch von denen tatsächlich adressiert wird, die mit einfachen und extremen Lösungen winken, wird es gefährlich. Extremisten geben vor, genau zu wissen, wie die Welt funktioniert. Und sie benennen Schuldige: wahlweise „die“ Politiker, „die“ Zuwanderer oder „die internationalen Finanzakteure“, was immer eine antisemitische Grundierung hat. Die Flucht zu einfachen Antworten oder in die Blase der Gleichgesinnten kann eine Versuchung sein.

Was ist dagegen zu tun? Wehret den Anfängen. Im Alltag muss jeder Verschwörungstheorie widersprochen und jeder Delegitimierung der Demokratie entgegengetreten werden, auch wenn das unangenehm sein kann. Im öffentlichen Dialog müssen die in der Gesellschaft kursierenden Ängste mit Respekt, nicht mit Arroganz, angesprochen werden. Und alle Organisationen, von der Kirche bis zum Karnevalsverein, die eine Klammerfunktion haben, müssen gepflegt werden, weil sie das Gespräch über Gruppen hinweg aufrechterhalten. Die Volksparteien zählen auch dazu. Und eine Politik sozialer Gerechtigkeit wäre überaus hilfreich.

Erdogans größter Rivale bekommt Politikverbot

Der Bürgermeister von Istanbul, Ekrem Imamoglu, wird zu einer Haftstrafe von mehr als zwei Jahren verurteilt.

ISTANBUL. Gegen den Bürgermeister von Istanbul und möglichen Erdogan-Herausforderer Ekrem Imamoglu ist ein Politikverbot verhängt worden. Ein Istanbul Gericht verurteilte Imamoglu am Mittwoch wegen Beleidigung auch zu einer Haftstrafe von zwei Jahren und sieben Monaten. Gegen das Urteil könne Einspruch eingelegt werden, sagte der Anwalt Imamoglu, Kemal Polat. Imamoglu ist Politiker der kemalistischen CHP, der laut Umfragen derzeit stimmenstärksten Oppositionspartei in der Türkei. Er gilt als einer der potenziellen Herausforderer des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan bei den für 2023 geplanten Wahlen.

Imamoglu war in der Anklageschrift vorgeworfen worden, die Mitglieder der türkischen Wahlbehörde rund um die Kommunalwahlen im Jahr 2019 öffentlich beleidigt zu haben. Er soll diejenigen, „die die Wahlen am 31. März abgesagt haben“, als „Idioten“ bezeichnet haben. Polat hatte den Prozess und die Vorwürfe gegen seinen Mandanten als „gegenstandslos“ bezeichnet. Imamoglu habe nicht die Wahlbehörde gemeint, sondern damit auf die gleiche Beleidigung vonseiten des Innenministers gegen ihn reagiert, ließ es in der Schlussverteidigung seiner Anwälte. Der Innenminister hingegen stehe nicht vor Gericht. Oppositionelle bezeichneten den Prozess als „politisch motiviert“.

Die Wahl zum Bürgermeister von Istanbul 2019 hatte Imamoglu knapp gegen den Kandidaten der regierenden Partei AKP gewonnen. Die Wahlkommission annullierte das Ergebnis jedoch auf Antrag der AKP und ließ die Wahl wiederholen – Imamoglu gewann erneut. Noch während des Prozesses versammelten sich mehrere Hundert Menschen aus Protest gegen das Verfahren vor dem Rathaus Istanbul. CHP-Chef Kemal Kilicdaroglu brach am Abend in Reaktion auf das Urteil seine Deutschlandreise ab. *dpa*

Studie: Elterngeld ändert bei Betreuung fast nichts

Doppelt so viele Väter wie im Jahr 2007 beantragen heute Elterngeld, im Haushalt liegt die Hauptlast aber nach wie vor bei den Müttern.

WIESBADEN. Auch 15 Jahre nach Start von Elternzeit und Elterngeld liegt die Hauptlast von Kinderbetreuung und Haushaltsarbeit fast immer bei den Müttern. Dies zeigt eine Studie des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung. Die allermeisten Väter, die in Elternzeit gehen, nehmen demnach nur zwei Vätermonate – und diese zumeist gemeinsam mit den Müttern.

Das Elterngeld-Programm startete in Deutschland 2007. Dabei erhalten Eltern, die für die Betreuung ihrer Kinder im ersten Lebensjahr im Job pausieren, vom Staat zwei Drittel ihres bisherigen Gehalts. Parallel wurden die Kinderbetreuungsangebote in Kitas stark ausgebaut. Inzwischen kann die Bezugsdauer beim Programm Elterngeld-Plus bis zu 24 Monate betragen.

Frauen und Männer nutzen das Elterngeld in sehr unterschiedlicher Weise. Während fast alle Mütter (98 Prozent) Elterngeld beantragen, sind es inzwischen etwa 43 Prozent der Väter. Ihr Anteil verdoppelte sich seit 2007 von damals 20 Prozent. Während die meisten Mütter mehr als zehn Monate lang Elterngeld beziehen, liegt die durchschnittliche Bezugsdauer der Väter konstant bei 3,3 Monaten.

Laut der Statistik ist seit Beginn des Elterngeldprogramms die Berufstätigkeit von Müttern junger Kinder von 43 auf 56 Prozent gestiegen. „Diese Arbeitsmarktteilnahme führte jedoch nicht zwingend zum Arbeitsmarkterfolg“, heißt es in der Studie. Frauen hätten nach Kinderbetreuungszeiten häufiger Karriereerfolge als Männer. *KNA*



Gefährliche Mischung

VON HILKE LORENZ
UND MICHAEL TRAUTHIG

KORNWESTHEIM/ESSLINGEN/NAGOLD. Für viele Eltern ist der Wechsel ihrer Kinder aufs Gymnasium ein Muss. 36.862 Schülerinnen und Schüler haben mit Beginn des laufenden Schuljahrs diesen Weg gewählt. Das sind 44,1 Prozent des Jahrgangs. 29.028 (34,7 Prozent) Kinder haben sich für die Realschule entschieden. An die Haupt-Werkrealschule gingen 4.888 (5,8 Prozent), auf die Gemeinschaftsschulen wechselten 12.877 Kinder (15,4 Prozent). Die Schulwahl nach der Grundschule muss aber nicht endgültig sein, wie der Wechsel von 640 Schülerinnen und Schülern zeigt, die mit Beginn des aktuellen Schuljahrs von der Realschule aufs Gymnasium gewechselt haben. Und der gerade Weg ist auch nicht immer der beste.

Hans Müller (60) kommt aus einer Gärtnerfamilie in Kornwestheim (Kreis Ludwigsburg) – und geht erst einmal aufs Gymnasium. Sein Wunsch nach Selbstständigkeit wird schon während der Schulzeit übermächtig. Nach langen Diskussionen mit den Eltern steht schließlich sein Entschluss, die Schule nach der zehnten Klasse zu verlassen. Er will praktische Erfahrung sammeln und beginnt im Alter von 16 Jahren eine Lehre in Mannheim.

Leicht fällt ihm dieser Schritt nicht. Doch er will die Ausbildung zum Blumen- und Zierpflanzengärtner nicht im elterlichen Betrieb machen. „Über was wir reden, hat viel damit zu tun, was eine Persönlichkeit formt“, sagt er, bevor er die weiteren Stationen seiner 43 Berufsjahre aufzählt. Nach der Lehre geht er für 15 Monate nach Luzern in eine Baumschule, will alles über Stauden und Gehölze lernen. Die Schweiz und die Freunde dort erweitern nicht nur seinen gärtnerischen Horizont.

Nach dem Zivildienst denkt er über ein Gartenbaustudium nach – und braucht dazu die Fachhochschulreife. Die macht er in einem einjährigen Berufskolleg und beweist mit Bestnoten, „dass er auch das Abi hinbekommen hätte“. Mit 22 Jahren geht er dann noch für sieben Monate nach Sydney. Danach ist sein Englisch perfekt. Noch in Australien erreicht ihn das Angebot des Vaters, in die zum Verkauf stehende Nachbargärtnerei einzusteigen. Er sagt Ja und wird selbstständig, während er parallel die Meisterschule besucht – mit 23. Was folgt, lässt sich nicht am Reißbrett planen. Das Studium legt er ad acta. Aber auch so sagt er: „Der Gärtnerberuf ist angewandte Naturwissenschaften, von Biologie über Chemie bis zur Physik.“ Von der Pflanzenernährung bis zur richtigen Gewächshauttemperatur.

Das Bestreben, sich weiterzubilden, treibt ihn in neue Themen. Heute ist das der Klimawandel und was man ihm in der Kombination von Gartenarchitektur und Pflanzenwissen entgegensetzen kann. Schon seit 15 Jahren arbeitet seine Firma Helix Pflanzensysteme, die vertikales Grün als Hitzedämpfer in die Städte bringt, in Projekten des Bundesforschungsministeriums mit verschiedenen Hoch-

Erfolgreich auf Umwegen

Vier von zehn Schülern eines Jahrgangs schließen die Schule in Deutschland mit der Allgemeinen Hochschulreife ab. Für viele bildungsbeflissene Eltern kommt alles andere einem Debakel gleich. Doch der direkte Weg zum Abitur ist nicht der einzige Weg zum beruflichen Glück.

schulen zusammen. Erst neulich hat seine Firma den Züblin-Campus in Stuttgart-Vaihingen als Pilotprojekt für nachhaltiges Planen und Bauen beendet. „Wir sind im dritten EU-Forschungsprojekt“, sagt Müller. Seine Neugier ist ungebrochen. „Mein Leben ist bisher richtig spannend verlaufen.“

Bei Helena Walter hätte der Zeitpunkt für einen Umzug nicht ungünstiger sein können. Zum Ende der dritten Klasse zieht ihre Familie von Bernhausen (Kreis Esslingen) in ein Dorf im Schwarzwald. Alles war dort neu: das Haus,

die Umgebung, die Schule, die Lehrer – und die anderen Kinder in der Klasse. Das Mädchen tut sich schwer. Die Noten sind schlecht – und das ausgerechnet in der Zeit, als die Lehrer wegen der damals noch verbindlichen Schullempfehlung über das weitere Fortkommen entscheiden. „Ich sei nicht bereit für die Realschule, hat die Lehrerin gesagt. So landete ich auf der Hauptschule“, erzählt Walter.

Heute – fast 20 Jahre später – hat die Nagolderin nicht nur einen Studienabschluss in Management und Vertrieb in der Tasche, sondern ist auch bei einer Kosmetikfirma von der Assistentin zur Projektmanagerin aufgestiegen. Gilt also: Ende gut, alles gut? So einfach ist die Sache nicht. Als Helena Walter von ihrem Bildungsweg erzählt, schaukelt sie ihre achtmonatige Tochter in der Babytrage. Die Mutter möchte ihr ersparen, was sie selbst durchgemacht hat, um schließlich doch ans Ziel zu gelangen.

In der Hauptschule hätten die Lehrer ihr signalisiert, sie sei nicht gut genug, sie habe kein Potenzial. „Das war für mich wie



Nach dem Umzug in eine neue Umgebung werden Helena Walters Noten schlechter. Die Lehrer sagen, sie sähen bei ihr kein Potenzial. Helena Walter kämpft sich dennoch mit viel Energie und Ehrgeiz von der Hauptschule auf die Realschule, zur Fachhochschulreife und zum Studium. Foto: privat

ein Schlag ins Gesicht“, sagt Helena Walter. Trotzdem kämpft sie sich hoch – mit eisernem Willen, Ehrgeiz und vielen Nachhilfestunden. Nach dem Hauptschulabschluss kommen der Realschulabschluss und schließlich das Abitur auf dem Technischen Gymnasium. Die Durchlässigkeit des Bildungssystems im Südwesten macht dies möglich. Motiviert hat sie der Wunsch, es allen zu zeigen, die sie abgeschrieben hatten, aber auch das Wissen, „dass Bildung in Deutschland mit sozialer Anerkennung verbunden ist“.

Die drei Jahre vor dem Abitur seien allerdings die schlimmsten ihres Lebens gewesen. Sie musste Stoff aus Fächern aufholen, die sie bis dato nie gehabt hatte. Es wäre verständlich, hätte sie vom Lernen genug. Die

junge Frau könnte sich ganz auf die zweijährige Elternzeit konzentrieren. Doch sie will sich weiterbilden. Es sei extrem schwierig, gut aus der Elternzeit zurückzukommen, meint sie. Außerdem verändere sich die Arbeitswelt rasant, Wissen veralte. Entscheidend ist für Walter aber wohl etwas anderes: „Ausruhen“, meint sie, „kann ich mich einfach nicht.“

Das gilt auch für Syn Schmitt (47). Er ist ein Tüftler. Einer, der wissen will, wie die Welt funktioniert. In seinen 40 Jahren alten 911er-Porsche hat er selbst einen Elektromotor eingebaut. Er kann das, muss man wohl sagen, obwohl er Professor an der Universität Stuttgart und dort Direktor am Institut für Modellierung und Simulation biomechanischer Systeme ist. Schmitts Bildungsbiografie ist nicht so gradlinig verlaufen, wie das bei einer von vorneherein geplanten Professorenkarriere der Fall gewesen wäre.

Schmitt, der aus Weil der Stadt (Kreis Böblingen) stammt, ist als Klassenbestener auf die Realschule gegangen – entgegen der Gymnasialempfehlung. Seine Eltern fanden, die Realschule habe den besseren Ruf. Außerdem waren sie der Überzeugung, „dass eine Berufsausbildung eine solide Basis für ein freies und unabhängiges Leben darstellt“. Schmitt bezeichnet sich selbst als „first Generation Scientist“, als Ersten in der Familie, der studiert hat.

Die Entscheidung seiner Eltern hält er auch heute nicht für falsch. „Ich habe diesen Weg genossen“, sagt er heute über seinen Werdegang bis zur Professur. Nach dem Realschulabschluss machte er bei IBM eine verkürzte Ausbildung als Kommunikations-elektroniker, Fachrichtung Informationstechniker, dazu auch noch die Fachhochschulreife. Das hieß, bereits mit 16 Jahren, um sechs Uhr aufstehen, um sieben Uhr einsteigen bei der Arbeit.

„Man ist ein anderer Mensch, wenn man sich über den zweiten Bildungsweg qualifiziert“, sagt er. Er meint das positiv, obwohl ihm sehr bewusst ist, dass Menschen wie er diesen Weg mit einer Hypothek starten und dieser Weg gesellschaftlich nicht ausreichend wertgeschätzt wird. „Man startet älter“, hat also weniger Zeit, Punkte im Wissenschaftsbetrieb zu sammeln, womöglich fehlt das Auslandssemester. Was aber zähle am Ende? „Es ist wichtig, dass man ein glücklicher Mensch ist“, sagt er.

An die Ausbildung, von der er noch heute schwärmt, schließen sich die fachgebundene Hochschulreife und ein Lehramtsstudium in Physik und Sport an – sowie die Promotion in Tübingen. Darauf folgt dann die Habilitation. Schmitt begeistert Begegnungen mit Menschen, die tolle Visionen haben. So versucht er es auch, den Studierenden zu vermitteln. Auch er lebt seinen Wissensdurst, der jüngst in ein Gutachten gemündet ist, das nach Überzeugung des Münchner Landgerichts nach fast 13 Jahren die Unschuld eines vermeintlichen Mörders beweist.

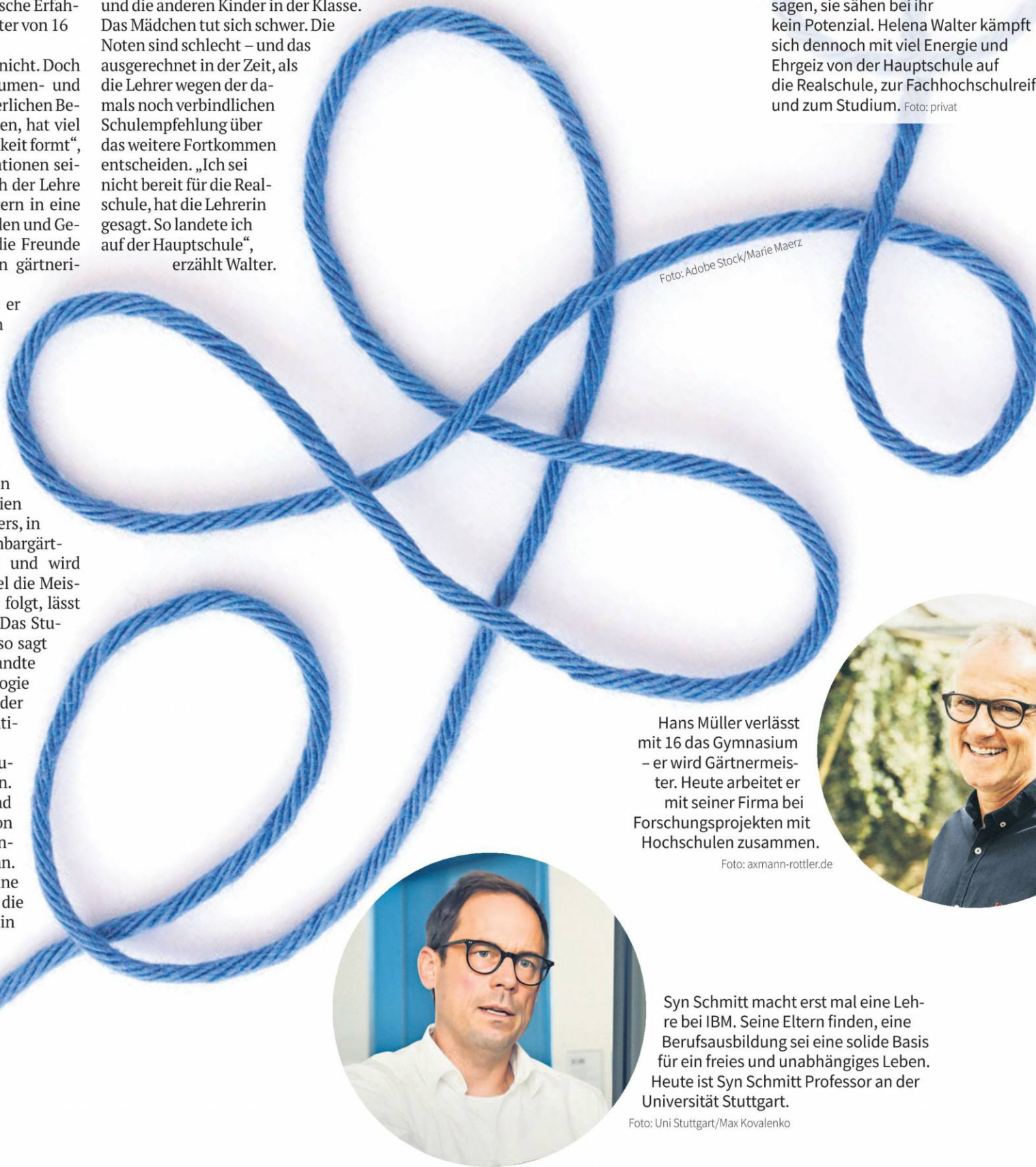


Foto: Adobe Stock/Marie Maerz

Hans Müller verlässt mit 16 das Gymnasium – er wird Gärtnermeister. Heute arbeitet er mit seiner Firma bei Forschungsprojekten mit Hochschulen zusammen.

Foto: axmann-rottler.de



Syn Schmitt macht erst mal eine Lehre bei IBM. Seine Eltern finden, eine Berufsausbildung sei eine solide Basis für ein freies und unabhängiges Leben. Heute ist Syn Schmitt Professor an der Universität Stuttgart.

Foto: Uni Stuttgart/Max Kovalenko



Schwarzfahrer werden aus dem Gefängnis freigekauft

Schwarzfahren entkriminalisieren? Eine Initiative wird schneller tätig – und hilft Verzweifelten mittels Spenden auf unkonventionelle Weise.

VON CHRISTIAN GOTTSCHALK

STUTTGART. So ganz genau weiß Yvonne S. gar nicht, warum sie hier ist. Vor dem Amtsgericht in Stuttgart-Bad Cannstatt wird gleich der Fall aufgerufen, bei dem Yvonne S. die Angeklagte ist. Schwarzfahren, das steht fest. Aber wann genau? Das weiß die Frau nicht mehr. Im Prozess wird es die Staatsanwältin verlesen. Dreimal war es, im Sommer 2021, immer in der S-Bahn auf dem Weg nach Ludwigsburg. Das war die Zeit, als sie ihren Job in der Gastronomie verloren hatte. Coronalockdown. Weil sich in ihrem Vorstrafenregister ein Dutzend weiterer Verurteilungen gleicher Art finden, beantragt die Staatsanwaltschaft eine Gefängnisstrafe.

Um den Gang hinter Gitter wird Yvonne S. herumkommen. 80 Tagessätze zu je 50 Euro

wird am Ende das Urteil lauten. Für die Frau, die gerade wieder Arbeit gefunden hat und 1.500 Euro als Nettogehalt angibt, ist das heftig. Noch heftiger ist es Tausenden von anderen Schwarzfahrern ergangen. Sie sitzen im Gefängnis. Nicht, weil sie wie Schwermisstraftäter zu einer Haftstrafe verurteilt worden sind. Jahr für Jahr bekommen Tausende von Menschen eine Geldstrafe wegen Schwarzfahrens, können diese aber nicht zahlen. Dann kommt es zur Ersatzfreiheitsstrafe. 80 Tagessätze würden 80 Tage Haft bedeuten, danach ist die Schuld getilgt.

Über den Sinn dieses Vorgehens ist eine politische Diskussion entbrannt. Die Justizminister aus Bund und Ländern wollen Schwarzfahren entkriminalisieren. Im November haben sie beschlossen, tätig zu werden. Bis es ein Ergebnis geben wird, werden

sich noch viele Gefängnistüren hinter Schwarzfahrern schließen. Und öffnen – denn bis zu einem politischen Ergebnis wollen nicht alle warten. Die private Initiative „Freiheitsfonds“ hat sich zum Ziel gesetzt, genau diesen Menschen zu helfen. Und weil die Initiative von einem Journalisten geleitet wird, der weiß, wie man mit Worten umgeht, hat sie diesen Donnerstag zum Tag der „größten Gefangenenbefreiung der deutschen Geschichte“ erklärt.

153,35

Euro betragen die Nettokosten eines Gefangenen je Hafttag im Jahr 2021.

Die Befreiung geschieht nicht mit Stemmsteinen und Fluchthubschrauber, sondern per Banküberweisung. Wer die Strafe bezahlt, deretwegen jemand seine Ersatz-

haft verbüßt, ist dem Staat egal. Die in Berlin angesiedelten Aktivisten haben daher Geld gesammelt, „mindestens 56 Menschen“, sagte Arne Semsrott unserer Zeitung, werden alleine an diesem Donnerstag in die Freiheit entlassen. Drei davon aus dem Südwesten – eine Frau in Schwäbisch Gmünd und zwei Männer in Mannheim.

Vor dem Amtsgericht in Bad Cannstatt wird der nächste Fall von Schwarzfahren aufgerufen. Wieder eine Frau, wieder mit entsprechender Vorgeschichte. Ob es nicht billiger sei, ein Ticket zu kaufen, als die 60 Euro Strafegebühr zu berappen und ein Gerichtsverfahren mit all seinen Kosten zu riskieren? „Wenn man das Geld nicht hat, dann hat man es halt nicht“, sagt die junge Frau. Vom 1. Januar an wird sie wieder einen Job haben. Als sie bei den Fahrten zum kranken Opa in der S-Bahn erwischt wurde, hatte sie nach eigenen Angaben nicht einmal Hartz IV. Ämterchaos. Auch sie kommt mit einer Geldstrafe davon: 60 Tagessätze à zehn Euro.

Es ist ein Fall wie aus dem Lehrbuch. Laut der Initiative „Freiheitsfonds“ sind bundesweit 87 Prozent der Menschen arbeitslos, die eine Ersatzfreiheitsstrafe wegen Schwarzfahrens absitzen, 15 Prozent ohne festen Wohnsitz, viele zu jung für die Arbeit. Für Semsrott und sein Team an Ehrenamtlichen gehören diese Menschen nicht hinter Gitter.

Eine Ansicht, die viele Gefängnisse teilen: Das Gros der Bewerbungen um einen Freikauf kommt nicht von den Betroffenen selbst. „Die Hinweise kommen aus den Haftanstalten“, sagt Semsrott. So wurden mehr als 600 Menschen binnen eines Jahres freigekauft – für mehr als 500.000 Euro.

Derweil läuft in Bad Cannstatt die dritte Verhandlung wegen Schwarzfahrens. Die Angeklagte bekommt ebenfalls eine Geldstrafe. Die Schadenssumme in diesem Fall: 20,20 Euro. Bei solchen Beträgen halte er eine Haftstrafe für unverhältnismäßig, sagt der Richter. Doch wird die Geldstrafe nicht bezahlt, droht der Gang hinter Gitter.

Liefen die USA Patriots an die Ukraine?

Die Schulung der Soldaten an dem modernen Raketen-Abwehr-System könnte in Deutschland erfolgen.

VON THOMAS SPANG

WASHINGTON. Angesichts der massiven Luftangriffe Russlands auf zivile Infrastruktur in der Ukraine bereitet das Pentagon die Lieferung eines hochmodernen Raketen-Abwehrsystems vor. Es wird erwartet, dass US-Verteidigungsminister Lloyd Austin die letzten offenen Fragen zur Übergabe und Stationierung des „Patriot“-Systems in der Ukraine zeitnah klärt und noch in dieser Woche eine Empfehlung abgibt.

Das Europäische Parlament würdigt das ukrainische Volk mit dem Sacharow-Preis.

Auf deren Grundlage wird Präsident Joe Biden dann über den Transfer entscheiden. Wie der Fernsehsender CNN unter Berufung auf drei hohe Mitarbeiter des Weißen Hauses berichtet, läuft alles auf eine Freigabe des leistungsstarken Abwehrsystems hinaus. Das Verteidigungsministerium will vor allem gewährleisten, dass die ukrainischen Soldaten mit der komplexen Technologie umgehen können. In der Regel dauert die Ausbildung an einer Patriot-Einheit mehrere Monate.

Damit die Ukraine einen schnellen Schutz gegen den Hagel russischer Drohnen und Raketen auf seine zivile Infrastruktur hat, soll die Ausbildung im Eiltempo erfolgen. Aus dem Umfeld des Pentagon hieß es, als Standort sei das bayrische Grafenwöhr vorgesehen, wo die Ukrainer bereits für andere Waffensysteme ausgebildet werden.

Wie viele Patriot-Batterien für die Ukraine bereitgestellt werden können, blieb zunächst offen. In jedem Fall soll es sich bei dem ersten System um eines handeln, das bereits vor Ort ist. Die USA unterhalten 15 Patriot-Bataillone, von denen viele in Europa und im Nahen Osten stationiert sind. Mehr als ein Dutzend Verbündeter, darunter auch Deutschland, haben das Luftabwehrsystem ebenfalls beschafft.

Das Europäische Parlament hat am Mittwoch seine höchste Auszeichnung, den Sacharow-Preis, an das „tapfer ukrainische Volk“ verliehen. Die Menschen dort kämpften „nicht nur einen Unabhängigkeitskrieg, sondern einen Krieg der Werte“, sagte Parlamentspräsidentin Roberta Metsola bei der Zeremonie in Straßburg. Der per Video zugeschaltete ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj sagte, die Aggressoren vor Gericht zu bringen, sei „der wirksamste Schutz der Freiheit, der Menschenrechte, der Rechtsstaatlichkeit und anderer gemeinsamer Werte“, für die der Sacharow-Preis stehe.

Fast 1,5 Millionen Euro beschlagnahmt

BRÜSSEL. Im Korruptionsskandal um das Europaparlament hat die belgische Polizei bei Hausdurchsuchungen in der Region Brüssel bislang fast 1,5 Millionen Euro beschlagnahmt. Das teilte die Bundespolizei am Mittwoch auf Twitter mit. Dazu postete sie mehrere Fotos, auf denen unter anderem ein Rollkoffer und mehrere Aktenkoffer voller Geldscheine sowie etliche Stapel mit Geldnoten zu sehen sind.

In dem Skandal um mutmaßliche Einflussnahme aus dem Golfemirat Katar auf politische Entscheidungen im Europaparlament hat die belgische Justiz bislang gegen vier Personen Haftbefehl erlassen. *dpa*

Millionenhilfen der EU für Flutschäden

STRAßBURG. Das Europaparlament hat zur Bewältigung der Flutschäden des vergangenen Jahres die Auszahlung von mehr als 600 Millionen Euro an Deutschland bewilligt. Von den 718,5 Millionen Euro aus dem EU-Solidaritätsfonds soll Deutschland 612,6 Millionen Euro bekommen, entschied das EU-Parlament. Belgien, das auch von schweren Überschwemmungen betroffen war, soll 87,7 Millionen Euro bekommen. Auch die Niederlande, Österreich und Luxemburg erhalten finanzielle Hilfen, um die Folgen der verheerenden Flut im vergangenen Sommer abzufedern.

An Spanien soll im Zusammenhang mit dem Vulkanausbruch auf La Palma 9,5 Millionen Euro ausbezahlt werden, an Griechenland wegen des Erdbebens auf Kreta 1,4 Millionen Euro. *dpa*

Hitzige Diskussion über Waffenrecht

Konsequenz aus der Reichsbürger-Razzia: Bundesinnenministerin Nancy Faeser pocht darauf, dass halb automatische Waffen künftig nicht mehr im Privatbesitz sein dürfen. Die FDP stemmt sich gegen eine Verschärfung der geltenden Gesetze – sie seien ausreichend.

VON NORBERT WALLET

BERLIN. Die Pläne von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD), das Waffenrecht zu verschärfen, führen weiterhin zu Kontroversen. Deutschland habe bereits strenge Waffengesetze, sagt der liberale Justizminister Marco Buschmann. „Aber selbst die strengsten Waffengesetze helfen nicht wirklich, wenn sich Menschen illegal Waffen beschaffen.“ Es gelte deshalb, „unser geltendes Recht besser durchzusetzen“. Der FDP-Innenpolitiker Stephan Thomae sagte unserer Zeitung, beim Waffenrecht sei „nicht jede Forderung nach einer Rechtsverschärfung sinnvoll und mehr als bloße Symbolik“. Es müsse das Ziel sein, „Extremisten zügig zu entwaffnen“. Dazu bedürfe es aber keiner Verschärfung des Waffenrechts, „sondern einer konsequenten Umsetzung des geltenden Rechts und einer Verbesserung des Datenaustausches der beteiligten Behörden“.

Der baden-württembergische Innenminister Thomas Strobl (CDU) meldete sich mit einer vehementen Kritik an der ablehnenden Haltung von Bundesjustizminister Buschmann (FDP) zu Wort. „Der Bundesjustizminister und seine FDP sind wieder einmal auf einem Sicherheitspolitischen Irrweg“, sagte Strobl unserer Zeitung. „Er setzt Scheuklappen auf, anstatt mit Argusaugen zu durchleuchten, wo es tatsächliche Schlupflöcher für Extremisten, Reichsbürger und Selbstverwalter gibt.“

In Baden-Württemberg würden Waffen bei Extremisten seit Jahren konsequent eingezogen „und die FDP und AfD können das nicht verhindern“, sagte Strobl. Auf baden-württembergischen Vorschlag hin wollten nun alle Innenminister der Länder und die Bundesinnenministerin das Waffenrecht noch einmal in einem klar fokussierten Punkt schärfen. „Das ist eine sach- und fachkundige parteiübergreifende Überzeugung“, betonte der baden-württembergische Innenminister. „Wenn die im Land in Sicherheitsfragen regelmäßig ahnungslose FDP einmal ausnahmsweise tatsächlich etwas für die innere Sicherheit tun wollte, könnte sie die FDP in der Berliner Ampel ja überzeugen. Freilich ist der Einfluss der Südwest-FDP im Bund so kleingeschrumpft wie noch nie.“ Es sei seine feste Überzeugung, dass „Waffen nicht in den Besitz von unzuverlässigen Personen gelangen dürfen“, sagte der Landesinnenminister. Insbesondere in den Händen von Ver-



Eine Kurzwaffe, die in einem Anschlagsschiff verbaut ist, steht in einem Waffenschrank eines Sportschützen.

Foto: imago/Silas Stein

fassungsfeinden hätten „Waffen nichts verloren“.

Hintergrund der Äußerung ist das Vorhaben von Bundesinnenministerin Nancy Faeser, noch in diesem Jahr einen Gesetzentwurf vorzulegen. Während die Grünen eine Verschärfung ebenfalls für notwendig halten, will die FDP, der dritte Koalitionspartner, nicht mitmachen. Faeser möchte, dass halb automatische Waffen künftig nicht mehr im Privatbesitz sein dürfen, sagte die Sozialdemokratin am Mittwoch. Zudem solle es einen

Abgleich der Polizei sowie der Waffenbesitzbehörden mit dem Ziel geben, Kenntnisse über etwaige Umzüge von Waffenbesitzern zu erhalten.

Faeser hat zudem einen Gesetzentwurf erarbeitet, der eine Änderung des Disziplinarrechts vorsieht. Dabei geht es darum, dass Extremisten aus dem öffentlichen Dienst nicht mehr auf der Grundlage von Verwaltungsgerichtsverfahren, sondern per Verwaltungsakt entfernt werden können. „Wir wollen nicht, dass Extremisten aus dem

Verdächtige mit Waffenschein

Eingeweihte Von den Aktivitäten der in der vergangenen Woche festgenommenen „Reichsbürger“ sollen mindestens 120 Menschen gewusst haben. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) berichtete am Mittwoch im Innenausschuss des Bundestages nach Angaben von Teilnehmern der Sitzung, bei den Durchsuchungen seien zwischen 120 und 130 Erklärungen gefunden worden, in denen sich Menschen bei Strafandrohung zur Verschwiegenheit verpflichteten.

Gefahrenpotenzial In der Sitzung des Innenausschusses ging es auch um die Frage, wie hoch die Gefährlichkeit der Gruppe einzuschätzen ist, deren Mitglieder nach Einschätzung der Sicherheitsbehörden als waffenaffin und gewaltbereit gelten. Die Bundesanwaltschaft hatte am Mittwoch vergangener Woche 25 mutmaßliche „Reichsbürger“ festnehmen lassen. 22 von ihnen wirft sie vor, Mitglied einer terroristischen Vereinigung zu sein, die das politische System stürzen wollte. Polizisten durchsuchten mehr als 160 Objekte. Nach Angaben aus Sicherheitskreisen wollten die Verschwörer 286 „Heimatschutzkompanien“ bilden, die nach einem Umsturz auch Festnahmen und Exekutionen durchführen sollten. Zu den mutmaßlichen Führungspersonlichkeiten der Gruppierung gehörten vor allem Menschen in der zweiten Lebenshälfte. Mehrere Verdächtige besaßen eine waffenrechtliche Erlaubnis. Zu den Festgenommenen gehört die frühere AfD-Bundestagsabgeordnete Birgit Malsack-Winkemann.

Kritik Die AfD versuche, den Fall zu verharmlosen, sagte der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Sebastian Hartmann. Die Partei habe sich selbst in eine „Abseitsfalle“ manövriert, aus der sie nicht mehr herausfinden werde. *dpa*

öffentlichen Dienst heraus unsere Demokratie gefährden können“, sagte die Ministerin. Der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Alexander Throm, warnte allerdings vor der Hoffnung, dass das neue Verfahren eine zügigere Abwicklung garantiere. „Ein Verwaltungsakt muss genauso sorgfältig vorbereitet werden wie ein Verfahren vor dem Verwaltungsgericht. Und dem Betroffenen steht es frei, gegen den Akt Rechtsmittel einzulegen.“

Derweil sieht der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz Hinweise darauf, dass Russland die Reichsbürger-Szene in Deutschland für eigene Zwecke ausnutzt. Nach Einschätzung der Behörde bestärke die russische Regierung gezielt Reichsbürger in ihrer Weltsicht, sagte Behördenchef Jürgen Kayser.

Ein Gesetz soll die Demokratie fördern

Familienministerin Paus will zivilgesellschaftliche Initiativen stärken. Die GEW mahnt mehr politische Bildung in der Schule an.

VON TOBIAS PETER

BERLIN. Das Bundeskabinett hat den Entwurf für das Demokratiefördergesetz beschlossen. Mit diesem Gesetz werde der Bund zum Kampf gegen Rassismus, Extremismus und Menschenfeindlichkeit verpflichtet, sagte Familienministerin Lisa Paus (Grüne) in Berlin. „So können wir Menschen, die sich in Initiativen und Projekten für ein vielfältiges Zusammenleben in Deutschland einsetzen, besser unterstützen“, fügte sie hinzu.

„Die politische Bildung wird in Schulen seit Jahren zu wenig beachtet.“

Jetzt werde ein gesetzlicher Auftrag für den Bund geschaffen, zivilgesellschaftliches Engagement und politische Bildung zu erhalten und zu stärken, erläuterten Paus und Innenministerin Nancy Faeser (SPD), die den Gesetzentwurf gemeinsam vorstellten. „Wir wehren uns angesichts der heutigen Bedrohungen mit aller Härte gegen Verfassungsverfeindungen“, sagte Faeser. „Wir wollen die Demokratie von innen stärken.“

Doch was soll sich ändern? Schließlich gibt es auch bisher schon Demokratieprojekte, die Geld vom Bund erhalten. Bisher ist die Förderung allerdings immer zeitlich befristet. Das wird auch künftig oft so sein. Mit dem Gesetz soll aber auch eine langfristige Förderung möglich sein. Darüber hinaus soll die Förderung unabhängig vom Alter erfol-

gen können. Bisher richtet sich das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ nur an Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene.

Nicht festgehalten ist im Gesetzentwurf allerdings, wie viel Geld für Demokratieförderung künftig zur Verfügung stehen soll. Der Bund stelle die „angemessene Finanzierung“ nach Maßgabe des jeweiligen Haushaltsgesetzes sicher, heißt es dort nur. Würden die Ministerinnen sich gegen eine Kürzung der bisherigen Mittel, auch in Zeiten knapper Kassen, auf jeden Fall stemmen? „Absolut“, antworteten beide unisono.



Die Ministerinnen von Lisa Paus (Familie, re.) und Nancy Faeser (Inneres) haben den Gesetzentwurf erarbeitet. Foto: imago/Political-Moments

Die SPD wollte ein Demokratiefördergesetz schon zu Zeiten der großen Koalition beschließen, scheiterte aber an ihrem damaligen Koalitionspartner, der Union. Auch jetzt stellt die Union den Sinn des Gesetzes in Frage. Auch ohne das Gesetz seien in der Vergangenheit viele Fördermaßnahmen auf den Weg gebracht worden, sagte der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Alexander Throm. Der Entwurf diene dazu, „überwiegend linke NGOs und Bildungsträger zu befriedigen“. Das Gesetz muss noch vom Bundestag beschlossen werden. Es ist aber nicht zustimmungspflichtig im Bundesrat.

Paus betonte, geförderte Projekte würden weiter wissenschaftlich begleitet – und es werde genau hingeschaut, ob mit dem Geld so umgegangen werde, wie der Gesetzgeber es vorsehe. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) begrüßte den Kabinettsbeschluss zum Demokratiefördergesetz. Gleichzeitig forderte GEW-Chefin Maïke Finnn, die Schulen müssten in die Lage versetzt werden, mehr für politische Information und Aufklärung zu tun. „Die politische Bildung wird in den Schulen jedoch seit Jahren vernachlässigt“, sagte Finnn dieser Zeitung. „Fachlehrkräfte fehlen, Unterricht fällt aus – auch hier wirkt sich der dramatische Lehrkräftemangel negativ aus.“ Die politische Bildung müsse besser in den Lehrplänen verankert werden – mit ausreichenden Lehrkräften in den Schulen, die den Unterricht auch stemmen könnten.

„Wir wehren uns angesichts der heutigen Bedrohungen mit aller Härte.“

Nancy Faeser, Innenministerin

Vier Tote im Ärmelkanal

In dem Gewässer zwischen Frankreich und Großbritannien ist ein Boot mit Migranten gekentert.

LONDON. Bei einem Bootsunglück im Ärmelkanal sind mindestens vier Menschen ums Leben gekommen. Das bestätigte die britische Regierung am Mittwochmittag, nachdem in den frühen Morgenstunden ein Boot mit Migranten an Bord in dem Gewässer zwischen Frankreich und Großbritannien gekentert war. Der britische Premierminister Rishi Sunak sprach von einem „tragischen Verlust von Menschenleben“. Erst am Dienstag hatte er Pläne öffentlich gemacht, wie er noch härter gegen illegale Migration vorgehen will.

43 Menschen sollen Medienberichten zufolge lebend gerettet worden sein. Auf Bildern, die der Sender Sky News veröffentlichte, ist zu sehen, wie Menschen in der Dunkelheit aus einem überfüllten schwarzen Schlauchboot auf ein Rettungsboot kletterten. Der Skipper eines Fischerboots hatte in der Nacht Schreie gehört. „Es war wie aus einem Weltkriegsfilm, überall im Wasser waren Menschen, schreiend“, erzählte er Sky News, nachdem er und seine Crew rund 30 Schiffbrüchige aus Afghanistan, Irak, Senegal und Indien gerettet hatten. Sie hätten erzählt, 5000 Pfund (rund 5800 Euro) an einen Schleuser in Frankreich bezahlt zu haben.

Die Suche nach Vermissten werde sich den Mittwoch über hinziehen, berichtete Sky News. Aufgrund der kalten Temperaturen werde jedoch nicht mehr nach Überlebenden gesucht. *dpa*



Wieder in Fahrt: Tourismusbranche hat sich im Sommer stark erholt

STUTT GART. Der Sommertourismus in Baden-Württemberg ist zwar noch nicht dort, wo er vor der Coronapandemie einmal gewesen ist, aber er hat sich im laufenden Jahr zwischen Bodensee (Bild), Schwarzwald und Kurpfalz deutlich erholt. Die vorläufigen Zahlen sprechen nach

Einschätzung des Statistischen Landesamtes für ein Comeback der Urlaubsregionen. „Der Landestourismus holt weiter auf“, teilte das Amt mit. Insgesamt begrüßten die Pensionen, Hotels und Gasthäuser von Mai bis Oktober 13,1 Millionen Menschen, es wurden 33,7 Millionen Über-

nachtungen gezählt. Das entspricht zwar einem Zuwachs von 43,5 Prozent bei den Ankünften und 29,5 Prozent bei den Übernachtungen im Vergleich zur Sommersaison 2021. Im Sommer 2019 jedoch lagen die Zahlen 5,7 Prozent sowie 2,4 Prozent darüber. *dpa* Foto: imago/Arnulf Hettrich

Dividende bei Mercedes nicht in Gefahr

Berlin verbindet die Gas- und Strompreisbremsen für Unternehmen mit Restriktionen: Wer mehr als 25 Millionen Euro aus der Staatskasse erhält, muss Abstriche bei Boni machen. Ab 50 Millionen werden Dividenden verboten. Wer ist betroffen – und wie reagieren Aktionärsschützer?

VON MATTHIAS SCHIERMEYER, BARBARA SCHÄDER UND MATTHIAS SCHMIDT

STUTT GART. Kurz vor dem geplanten Bundestagsbeschluss zur Strom- und Gaspreisbremse an diesem Donnerstag hat die Ampelkoalition einen Konfliktpunkt beseitigt. Demnach sollen Unternehmen, die durch die Energiehilfen für Strom und Gas zusammen um mehr als 25 Millionen Euro entlastet werden, keine Bonuszahlungen für ihre Führung erhöhen oder neue vereinbaren dürfen. Auch die Grundvergütung darf nicht angehoben werden. Stichtag ist der 1. Dezember 2022. Bei mehr als 50 Millionen Euro dürfen gar keine Boni an die Führungsriege gezahlt sowie keine Dividenden ausbezahlt oder Gewinne ausgeschüttet werden.

Alle Regelungen gelten für 2023. Unternehmen können aber auch freiwillig auf Hilfen verzichten und müssen sich dann nicht an die Regelungen halten – was speziell Dax-Konzerne betrifft. Nutznießer der Gaspreisbremse müssen zudem 90 Prozent der Belegschaft bis 2025 erhalten oder aber eine Betriebsvereinbarung treffen.

— Welche Bonuszahlungen sind gemeint?

Gemeint sind die Boni für Mitglieder der Geschäftsleitung und der Aufsichtsgremien. Nicht betroffen ist etwa das mittlere Management – und erst recht nicht geht es um die Prämien für die Belegschaft.

— Wie viele Unternehmen sind betroffen?

Der Haushaltsausschuss des Bundestags rechnet laut „Süddeutscher Zeitung“ damit,

dass rund 300 Unternehmen mit mehr als 50 Millionen Euro von den Energiepreisbremsen profitieren könnten. Bei 25 bis 50 Millionen könnten etwa 650 Firmen landen. Infrage kommen vor allem Großbetriebe mit hohem Energiebedarf, beispielsweise aus der Chemieindustrie und der Stahlproduktion.

„Wir gehen davon aus, dass die Breite des Mittelstandes unter den Grenzen für eine Boni-Einschränkung oder dem Dividendenverbot liegen wird“, sagt Matthias Zelinger vom Maschinenbauverband VDMA. Ein Thema werde dies womöglich bei größeren Unternehmen im Maschinenbau, die zum Beispiel über größere Gießereien verfügen. Sollten diese Firmen aufgrund der Einschränkungen, die ja um Anforderungen an Gewinnrückgang und Energieintensität ergänzt würden, die Beihilfe nicht in Anspruch nehmen, würde der Druck auf Materialpreise und Vorprodukte jedoch massiv bleiben.

Nach Meinung des Verbandes der Chemischen Industrie (VCI) könnten die meisten Unternehmen der energieintensiven Branche die Energiepreisbremsen nutzen; Zahl gebe es dazu jedoch nicht.

— Was bedeutet das für Mercedes?

Mercedes-Benz schüttet regelmäßig rund 40 Prozent des Gewinns als Dividende an die Anteilseigner aus. Fürs Geschäftsjahr 2021, in dem die Pkw- und die Lkw-Sparte noch zum gemeinsamen Unternehmen Daimler gehörten, belief sich die Prämie auf fünf Euro je Aktie. Die Anteilseigner, unter ihnen die chinesischen Großaktionäre Li Shufu und Baic mit je knapp zehn Prozent sowie viele

institutionelle und private Anleger, müssen sich jedoch nicht sorgen, dass sie im Jahr 2023 leer ausgehen könnten.

Einer ersten Einschätzung zufolge wird der Stuttgarter Autohersteller Mercedes-Benz der Dividendenverbotsgrenze von 50 Millionen Euro nicht einmal nahe kommen. Da wesentliche Energielieferverträge langfristig abgeschlossen wurden, könnten die Vorteile aus den Preisbremsen sogar unter den 25 Millionen Euro liegen, bei denen Vorstandsboni eingefroren werden müssten.

150

Millionen Euro beträgt die Fördergrenze bei den Energiepreisbremsen je Unternehmen.

— Wie steht die Energiepreisbremse nun da?

„Die Regierung hat von der Expertenkommission eine Spitzen-Vorlage bekommen – doch sie versemmt den Abschluss vor dem leeren Tor“, sagt VCI-Hauptgeschäftsführer Wolfgang Große Entrup. „Die Gas- und Strompreisbremse ist eine handwerkliche Katastrophe – die Enttäuschung unserer Unternehmen ist riesig.“ Zur ungenügenden Förderobergrenze und dem Zwang zu Rückstellungen kommt noch eine Boni- und Dividendenregelung, „die an den Realitäten in den Unternehmen meilenweit vorbeigeht“.

Boni und Dividenden seien entweder feste Bestandteile von Arbeitsverträgen oder aber gerade in mittelständischen Unterneh-

men der Hauptbestandteil des Familieneinkommens. Ein Dividendenverbot schrecke zudem ausländische Investoren ab und sei ein handfestes Handicap im globalen Wettbewerb. „Wir fürchten, dass sich die Talfahrt unserer Unternehmen ohne funktionierende Gas- und Energiepreisbremse im kommenden Jahr fortsetzen wird“, warnt er.

Die Unternehmer Baden-Württemberg (UBW) fordern „dringend umfassendere, passgenauere und unbürokratischere Strom- und Gaspreisbremsen mit realistischeren Förderobergrenzen, die auch größere energieintensive Unternehmen substanziell entlasten“. Die Regierung müsse „unbedingt die beihilferechtlichen Anforderungen mit der EU-Kommission nachverhandeln und dann bei den Preisbremsen nachbessern“. Dass nun auch noch einschränkende Regelungen für Boni und Dividenden eingeführt worden seien, verkompliziere die Preisbremsen für die Unternehmen zusätzlich und „mache sie insgesamt noch unattraktiver“.

— Was sagen Aktionärsschützer?

Aktionärsschützer warnen schon seit Wochen vor einem Dividendenverbot. Es belaste die Kurse von Börsenunternehmen. „Investoren im In- und vor allem aus dem Ausland werden sich abwenden“, sagte Marc Tüngler, der Hauptgeschäftsführer der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (DSW). „Dividenden sind zudem in vielen Familienunternehmen ein Hauptbestandteil des Familieneinkommens und erfüllen damit die Funktion eines Gehaltes wie für einen angestellten Beschäftigten.“

Entlastung bei Öl und Pellets

Das Handwerk im Land kritisiert, dass die Betriebe bei diesem Programm nicht berücksichtigt werden.

VON MATTHIAS SCHIERMEYER

STUTT GART. Auch Verbraucher, die mit Öl, Pellets oder Flüssiggas heizen, werden unter Umständen bei den Energiekosten entlastet. Dazu stellt der Bund 1,8 Milliarden Euro für einen „Härtefallfonds alternative nicht leitungsgebundene Brennstoffe“ bereit. Betroffen ist der Zeitraum 1. Januar bis 1. Dezember 2022. Pro Haushalt gibt es maximal 2000 Euro, die Untergrenze liegt bei 100 Euro. Voraussetzung sind Heizkosten der Haushalte, die mindestens das Doppelte des Vorjahres betragen – in absoluten Zahlen muss der Zuwachs bei 100 Euro oder mehr liegen. Dem Antrag müssen eine eidesstattliche Erklärung und die Brennstoffrechnung angehängt werden. Bei Mehrparteiegebäuden soll der Vermieter erklären, dass er die Entlastung an seine Mieter weitergibt. Details sollen noch in einer Bund-Länder-Vereinbarung geregelt werden. Die Länder erhalten das Geld vom Bund und kümmern sich um die Auszahlung.

Der baden-württembergische Handwerksverband kritisiert jedoch, dass die Handwerksbetriebe in diesem Programm außen vor bleiben. Dabei sei Öl gerade im ländlichen Raum mangels ausreichender Gasleitungen für viele Firmen der einzig mögliche Energiestandard. Mitunter sei man auch schon auf Pellets umgestiegen. „Diese Betriebe dürfen nun nicht bestraft werden“, sagt eine Sprecherin des Verbandes und fordert: „Nun muss die Landesregierung einspringen.“ Denn diese sage doch selbst: Wo die Bundeshilfen nicht ausreichen, sollten Landeshilfen eine Ergänzung sein. „Das muss sie nun umsetzen, und zwar schnell.“

Fed hebt Leitzins um 0,5 Prozentpunkte an

WASHINGTON. Die US-Notenbank hat im Kampf gegen die Inflation ihren Leitzins um 0,5 Prozentpunkte angehoben und damit einen moderateren Kurs eingeleitet. Nun liegt der Leitzins in der Spanne von 4,25 bis 4,50 Prozent, wie die Federal Reserve (Fed) am Mittwoch mitteilte. Es ist die siebte Anhebung in diesem Jahr. Zuletzt hatte die Fed vier Mal hintereinander den Leitzins um beachtliche 0,75 Prozentpunkte angehoben. Fed-Chef Jerome Powell hatte im November angedeutet, dass zumindest mit diesen großen Sprüngen Schluss sein könnte.

Die neuen Inflationsdaten des Arbeitsministeriums dürften ihn nun in dieser Entscheidung bestärkt haben. Denn im November hat sich die Teuerungsrate in den USA stärker als erwartet abgeschwächt. Gegenüber dem Vorjahresmonat stiegen die Verbraucherpreise um 7,1 Prozent. Es war der fünfte Rückgang der Inflationsrate in Folge.

Auch die US-Notenbank hat nun Schätzungen zur Teuerungsrate veröffentlicht. Die Teuerungsrate soll durchschnittlich bei 5,6 Prozent liegen. Das deutet darauf hin, dass die Dynamik des Preisanstiegs nachlässt. Die von der Fed mittelfristig gewünschte Inflationsrate liegt bei zwei Prozent – davon sind auch die neuen Zahlen noch weit entfernt. *dpa*



„Schöpfung muss immer Neuerungen einführen und überraschen, während dank der historischen Produkte die Kontinuität gewahrt wird.“

Bernard Arnault, Unternehmer und Vorsitzender des französischen Luxusimperiums LVMH, über die Marke Louis Vuitton. Arnault gilt laut zweier Ranglisten momentan als reichster Mensch der Welt. Sowohl bei „Bloomberg Billionaires“ als auch bei „Forbes“ stieß der Nordfranzose den Tech-Milliardär Elon Musk zuletzt von Platz eins. Arnaults Vermögen bezifferte Bloomberg am Mittwoch auf 171 Milliarden Dollar (160,9 Milliarden Euro), „Forbes“ zuletzt in einer Momentaufnahme auf 191 Milliarden Dollar. Foto: Imago/Vincent Isore

VON CRÖNSHAGEN „BALTO“
ca 77cm
199,95
139,99

ca 66cm
189,95
129,99

ca 55cm
169,95
109,99

BORDGRÖßE!

- 2 JAHRE GARANTIE
- 4 X 360° DOPPELROLLEN
- INTEGRIERTES TSA SCHLOSS
- SCHALE AUS POLYPROPYLEN

verschiedene Farben

Beauty Case
59,95
39,99

austauschbares Bügelsat, versch. Farben
je 29,95

Transportring 14,95

Einlegeboden 14,95

LIEBLINGSKORB
• hält die Einkäufe frisch
• ultraleicht und stabil
• leicht zu reinigen

Einkaufskorb plus in grau oder schwarz
je 79,95

JOOP!
Kreditkartenetui
Cortina Piazza

koffer-kopf
creativ · in · leder

• Platz für 6 Karten
• Münzfach
• Scheinfach
• RFID-Schutz gegen Datenklau!

stuttgart im

MILANEO
immer neues shopping

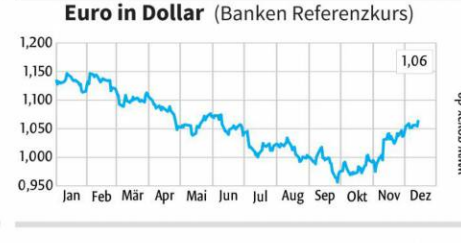
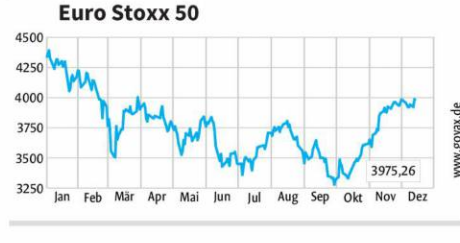
79,95

www.koffer-kopf.de
Service Tel. 0711/87032665

Koffer-Kopf GmbH & Co. KG, GF: J. Fallner
Winterbrunnenweg 45, 86316 Friedberg

Der Börsentag

FRANKFURT. Am deutschen Aktienmarkt haben Dax & Co am Mittwoch vor der Zinsentscheidung in den USA den Rückwärtsgang eingelegt. Der Leitindex Dax ging mit einem Abschlag von 0,26 Prozent auf 14.460,20 Zähler aus dem Handel. Damit gab er einen kleinen Teil seiner Vortagesgewinne wieder ab. Stützend wirkten die Kursgewinne an den US-Börsen. Dort zeigten sich die Anleger zuversichtlich, was den erwarteten Zinsschritt der Fed angeht. Der M-Dax verlor am Mittwoch 0,55 Prozent auf 25.874,84 Punkte und auch insgesamt ging es in Europa überwiegend moderat abwärts. In den USA indes legten die wichtigsten Indizes leicht zu. *dpa*



Gewinner und Verlierer

Veränderungen des Aktienkurses in %	Zinsen
Indexte	+4,37%
Hermes Int.	+2,63%
Prosus	+2,51%
Pernod-Ricard	+2,23%
Vonovia	+1,68%
Siemens	-1,90%
ENI	-1,94%
Kering	-1,99%
Inholland	-2,06%
Afion	-2,32%

Gewinner / Verlierer auf Basis Euro Stoxx 50
Quelle: www.goyax.de

14.12.2022	(%)
Hauptrefinanzierungssatz (EZB)	2,00
Basiszins (Bundesbank)	-0,88
Geldmarktzsatz Euribor (3 Monate)	2,05
Geldmarktzsatz Euribor (6 Monate)	2,48
Durchschnittsrendite öffentl. Anleihen	1,92
Bundesanleihe 10 Jahre	1,98
Geldmarktkonto tgl. fällig ab 2.500*	0,20
Geldmarktkonto tgl. fällig ab 15.000*	0,20
Festgeld, 6 Monate*(ab 5.000 Euro)	0,03 - 0,50
Sparbrief 1 Jahr mit 3 monatiger Kündigungsfrist*	0,01 - 0,50
Sparbrief 4 Jahre mit 3 monatiger Kündigungsfrist*	0,05 - 0,50
Ratenkredit (3 Jahre, bis 10.000 Euro), effektiv*	1,45 - 4,49
Ratenkredit (6 Jahre, bis 5.000 Euro), effektiv*	1,45 - 4,49
Hypothekendarlehen, Zinsen 5 Jahre fest, effektiv*	3,22 - 3,81
Hypothekendarlehen, Zinsen 10 Jahre fest, effektiv*	3,23 - 3,72

*Zinssatz gibt nur ungefähre Hinweise auf Marktlage

Aktien Inland

Stand 21:45 Uhr	14.12.	13.12.	10.12.	10.45
1&1 (Sf) 0,05	12,05G	12,46G	12,46G	4,56G
2G Energy (Sf) 0,12	25,30G	25,20G	14,00G	14,20G
zinvest (Sf) 0,05	8,70G	8,70G	60,30G	60,20G
3U Hld. (Sf) 0,05	4,27G	4,27G	7,11G	7,13G
4 SC (Fps) 0	1,38	1,38	3,02G	3,02G
468 SPAC II SE (Xf) 0	9,63	9,63	85,80G	85,80G
7C Solarpark (Sf) 0,11	4,45G	4,42G	82,00G	83,90G
Aap Implant. (Sf) 0	1,35G	1,35G	0,35G	0,32G
Aareal BK. (Sf) 0	33,00G	32,98G	4,45	4,38
About You (Sf) 0	6,76G	6,55G	1,36G	1,36G
Accentro RE (Sf) 0,04	2,86G	2,86G	67,60G	67,60G
Ad Pepper (Sf) 0	1,84G	1,92G	28,80G	28,80G
AdCapital STA (Sf) 0	1,51G	1,52G	52,50G	52,50G
Adesso (Sf) 0,60	135,60G	136,60G	5,90G	6,00G
Adler Grp. (Sf) 0	1,50	1,49	3,02G	3,00G
Adler Real Est. (Sf) 0	6,62G	6,62G	0,70	0,64G
Air Berlin (Sf) 0	0,00G	0,00G	0,01G	0,01G
Alba SE (Sf) 4,17	22,90G	23,10G	5,40G	5,40G
All for One Gr. (Sf) 1,45v	46,10G	46,00G	4,07G	4,08
Allianz SE (Sf) 0,06	11,60G	11,60G	35,06	35,06
AlliGeele (Fps) 0,50	31,35G	31,35G	0,42	0,42
Altria Office REIT (Sf) 4,25	7,30G	7,43G	58,80G	58,80G
Alteich Adv. Mat. (Fps) 0,50	5,10	5,18	2,56G	2,56G
AlzChem Grp. (Sf) 1	16,60	17,20	85,60G	86,60G
AlzChem (Sf) 3,04	117,00G	116,00G	25,20G	25,60G
Arntnet (Sf) 0	6,30G	6,16G	3,25G	3,26G
AS Creation (Sf) 0,90	9,45G	9,45G	40,00G	39,80G
Atoss Softw. (Sf) 1,82	149,20G	147,60G	56,60G	58,00G
Aumann (Sf) 0,10	12,34G	12,32G	29,00G	29,00G
Aurelius (Sf) 1,50	19,30G	19,20G	1,02	1,02
Auto1 Group (Sf) 0	8,75G	8,56G	4,40	4,40G
Baader (Sf) 0,25	4,26G	4,26G	24,30G	23,80G
Baer (Sf) 0,31	32,80G	32,65G	0,35	0,35G
Bastei Lübbe (Sf) 0,40	4,50G	4,59G	132,60G	132,80G
Bauer (Sf) 0	6,46G	6,50G	1,21G	1,27
Bavaria Ind. (Sf) 0	77,50G	77,50G	9,68G	9,66G
BayWa (Fps) 1,05	46,10	45,50	0,83	0,84
BayWa N.A. (Sf) 1,05	57,00G	57,00G	20,22G	20,32G
BB Biotech (Xf) 3,90	59,50	59,70	6,12G	6,12G
Berentzen (Sf) 0,22	5,62G	5,60G	1,10	1,10
Bertelsm. 01 (Sf) 1,15	265,50	267,50	0,75	0,75
Bertelsm. 92 (Sf) 10,88	175,00G	180,00G	0,47	0,48
Bertrand (Sf) 0,27	35,40G	35,85G	2,79G	2,90G
Bet-at-Home (Sf) 0	5,56G	5,55G	187,20G	188,70G

Dax 40

14.12.	14.12.	13.12.	10.12.	10.45
Adidas (3,30)	122,70G	123,26G	-0,45	263,65
Airbus (1,50)	112,12G	112,92G	-0,71	125,94
Allianz (10,80)	203,00G	205,10G	-1,02	227,50
BASF (3,40)	47,44G	47,46G	-0,76	69,09
Bayer (2)	51,85G	52,52G	-1,28	67,96
Beiersdorf (0,70)	107,95G	106,30G	+1,55	108,70
BMW StA (5,80)	83,53G	84,01G	-0,57	100,32
Brenntag (1,45)	58,38G	58,98G	-1,02	81,70
Continental (2,20)	57,68G	56,98G	+1,23	99,80
Covestro (3,40)	36,76G	37,25G	-1,32	54,34
Daimler Truck (0)	30,52G	30,98G	-1,47	36,02
Di Bank (0,20)	9,99G	10,24G	-2,43	14,54
Di Borse (3,20)	168,55G	168,20G	+0,21	178,90
Di Post (1,80)	38,53G	38,84G	-0,77	57,76
Di Telekom (0,70v)	19,08G	19,16G	-0,42	19,85
Fres. Med. Care (1,35)	30,34G	30,32G	+0,07	62,53
Fresenius SE (0,92)	26,52G	26,32G	+0,76	38,07
Hann. Rückf (5,75)	185,90G	185,70G	+0,11	188,40
Heid. Cement (2,40)	52,12G	51,72G	+0,77	68,04
Henkel VA (1,85)	65,84G	65,86G	-0,03	83,24
Infineon (0,27)	31,56G	32,21G	-2,32	41,40
Linde PLC (4,38)	320,30G	322,50G	-0,68	334,40
Mercedes-Benz (5)	64,14G	64,44G	-0,47	77,81
Merck (1,85)	188,80G	185,70G	+1,67	231,50
METU (2,10)	202,60G	203,90G	-0,64	220,30
Münchener Ruck (11)	305,70G	307,70G	-0,65	310,20
Porsche Automobil VA (4,775)	32,52G	32,56G	-0,36	37,56
Puma (0,72)	54,04G	53,62G	+0,78	109,20
Qiagen (0)	46,52G	46,88G	-0,77	49,83
RWE StA (0,90v)	18,95G	18,80G	+0,45	43,98
SAP (2,45)	102,90G	103,06G	-0,16	125,40
Sartorius VA (1,26)	367,70G	366,10G	+0,44	604,80
Siemens (4,25v)	132,12G	134,68G	-1,90	157,88
Siemens Energy (0v)	17,43G	17,68G	-1,41	24,00
Siemens Healthineers (0,95v)	51,06G	50,58G	+0,95	67,32
Siemens (1,02)	106,35G	107,35G	-0,93	131,75
Vonovia (1,66)	24,21G	23,81G	+1,68	51,26
VW VA (Sf) 0,56	137,12G	137,70G	-0,42	195,12
Zalando (0)	34,31G	34,66G	-1,01	73,66

Euro Stoxx 50

14.12.	14.12.	13.12.	10.12.	10.45
Adyen (0)	1481,20	1495,00	-0,92	2395,00
Ahold (0,98)	27,52G	28,09G	-2,06	31,25
Abbvie (Sf) 0,12	137,92	138,48	-0,40	151,56
Amb. & Inber (0,50)	57,15	57,86	-1,23	59,57
ASML Hold. (1,19)	587,10	589,00	-0,32	724,00
Axa S.A. (1,54)	27,02	27,50	-1,75	29,05
Banco Bci (0,12)	5,53	5,54	-0,18	6,04
Bnp Paribas (3,67)	54,00G	53,53	+0,88	67,87
CNH (0,48)	37,98	37,52G	+1,23	48,59
Enel (0,40)	5,26	5,21	+0,98	7,24
Eni (0,44)	13,65	13,92	-1,94	14,82
EssilorLuxottica (2,51)	184,40	181,65G	+1,51	192,00
Fluiter Ent. (0)	139,35G	140,65	-0,92	143,05
Fr. Danone (1,94)	49,70	49,62	+0,15	58,10
Hermes Int. (8)	1579,50	1539,00G	+2,63	1622,00
Iberdrola (0,44)	10,99G	11,10	-0,99	11,45
Inditex (0,93)	25,30	24,24G	+4,37	28,90
Inoos (0,58)	11,32	11,45	-1,12	13,97
Inson Smp. (0,15)	2,09	2,08G	+0,38	2,92
Kering (1,2)	521,30	531,90	-1,99	739,10
L'Oréal (4,80)	355,95	354,85	+0,31	433,65
LMVH (0,1)	724,30	723,70	+0,08	757,80
Nokia (0,08v)	4,68	4,70G	-0,32	5,70
Nordea (0,69)	9,98	9,90G	+0,81	11,41
Pernod-Ricard (4,12)	188,10	184,00G	+2,23	216,90
Procter & Gamble (0,14)	66,13	64,51	+2,51	79,50
Sarraf (1)	117,48	116,94G	+0,46	127,26
Sanofi (3,33)	88,91	89,44	-0,59	106,04
Schneider El. (2,90)	139,32G	137,76G	+0,84	178,74
Stellantis (1,04)	18,71	18,69	+0,18	21,28
TotalEnerg. (3,76v)	57,40	57,75	-0,61	60,43
Vinci (2)	96,80G	96,77G	+0,03	103,58

M-Dax

14.12.	14.12.	13.12.	10.12.	10.45
Adran (0,34)	19,20G	19,10G	+0,52	24,92
Aixtron (0,30)	31,06G	31,16G	-0,32	32,07
Aroundtown (0,23)	2,57G	2,54G	+1,02	5,72
Aurubis (1,60)	79,04G	79,68G	-0,80	119,00
Bechtle (0,55)	36,12G	36,95G	-2,25	63,76
Befesa (1,25)	43,98G	43,40G	+1,34	73,50
Bosch (0,70)	52,56G	52,50G	+0,11	59,08
Carl Zeiss Meditel (1,10v)	126,05G	124,60G	+1,16	188,05
Commerzbank (0)	7,73G	7,81G	-1,00	9,50
CTS Eventim (0)	62,55G	62,60G	-0,08	70,10
Delivery Hero (0)	41,94G	43,12G	-2,74	100,40
Dt. Wohnen (0,04)	20,99G	21,08G	-0,43	39,97
Dürr (0,50)	33,26G	34,20G	-2,75	42,54
Encavis (0,30)	19,34G	19,39G	-0,26	24,57
Evonik Ind. (1,17)	18,01G	18,16G	-0,83	29,70
Evotec (0)	16,20G	16,00G	-1,20	44,90
Frapt (0,1)	41,17G	42,02G	-2,02	68,22
Freesat (Sf) 0,10	4,00G	4,00G		
Qeyond (Sf) 0,10	0,76G	0,75G		
R. Stahl (Sf) 0	16,20G	15,00G		
Ravens (Sf) 0v	0,70G	0,50G		
RCM Bet. (Sf) 0,07	1,82G	1,83G		
Readstreet Cap. (Sf) 0v	0,90G	0,90G		
Realtech (Sf) 0	1,30G	1,29G		
Rhin-Klin. StA (Sf) 0	15,40G	15,30G		
Ringmetall (Sf) 0,09	4,56G	4,57G		
SAF Holland (Fps) 0,35	9,10	9,11		
Salzgitter (Fps) 0,75	27,56G	29,34G		
Sartorius StA (Sf) 1,25	329,50G	332,00G		
Schaeffler (Fps) 0,50	6,20	6,33		
Schl. Wach. (Sf) 0,60	15,40G	15,50G		
Schwabenw. (Sf) 0	1,30G	1,30G		
RTL Group (Sf) 5				

Spielwarenhändler kämpfen um Kunden

Kleine Fachhändler sind in der Spielwarenbranche eine aussterbende Spezies. Das Geschäft machen längst andere.

VON DANIEL GRÄFE

STUTT GART. Vor 28 Jahren hat Elke Ade den Stettener Spielwaren- und Geschenkeladen Steck von ihren Eltern übernommen. Es ist wohl dem persönlichen Einsatz und der Stammkundschaft zu verdanken, dass es das Geschäft noch gibt. In den vergangenen Jahren machten ihr nicht nur die pandemiebedingten Schließungen, sondern auch eine langwierige Straßensperrung zu schaffen – Gift für einen Laden, der in Leinfeld-Echterningen etwas abgelegen liegt.

Zum Glück laufen die Geschäfte in der so wichtigen Weihnachtszeit, in der die meisten Spielwarenhändler von November bis Januar rund 40 Prozent ihres Jahresumsatzes erzielen, ziemlich gut. Es ist ein Laden, in dem sich Spielzeug noch anfassen lässt, Kunden ausführlich beraten und Geschenke liebevoll eingepackt werden. Ade bietet qualitativ hochwertige und nachhaltige Spielwaren an, mithilfe von Instagram und Facebook konnte sie auch junge Menschen als Kunden gewinnen.

Seit dem Jahr 2012 hat jedes vierte Spielwarengeschäft in Deutschland aufgegeben.

Vieles, was die großen Ketten anbieten, komme ihr nicht ins Haus, betont sie: „Ich stehe komplett hinter den Produkten, die ich verkaufe. Man muss mit tausendprozentiger Kraft darangehen, sonst unterscheidet man sich nicht vom Internet.“

Die Online-Verkäufe sind für die inhabergeführten Spielwarengeschäfte das große Schreckgespenst. Die Spielwarenbranche zählt zu den wenigen Handelsssegmenten, in denen mehr Umsatz über das Netz erzielt wird als im stationären Geschäft, heißt es beim Bundesverband E-Commerce und Versandhandel Deutschland (BEVH).

Auch deshalb hat laut BEVH in den vergangenen zehn Jahren jedes vierte Spielwarengeschäft aufgegeben, für die Kleinen sind Online-Shops meist zu kompliziert und zu teuer. Die stationären Fachgeschäfte machten bei der letzten Erhebung des Handelsverband Spielwaren (BVS) 2021 lediglich 16 Prozent des Branchenumsatzes aus – dabei sind die Erlöse großer Ketten wie Rofu oder Smyths, die die früheren Toys-R-Us-Märkte betreibt, ebenso enthalten wie die Müller-Märkte, die auch ein umfangreiches Spiele-

Sortiment anbieten. Rofu und Müller geben auf Anfrage über ihren aktuellen Umsatz keine Auskunft, aber auch so ist klar, dass den kleineren Spielegeschäften vom Branchenumsatz nur wenige Prozent bleiben.

Das restliche Drittel der Branchenerlöse erzielen die Verbraucher- und Elektronikmärkte, Baumärkte, Möbelhäuser oder auch Discounter. Der Handelsverband Baden-Württemberg betrachtet den Trend mit Sorge. „Schon seit Jahren entdecken viele branchenfremde Unternehmen das Spielwarensortiment für sich, und so wird es für die Fachhändler immer wichtiger, die Kunden mit einer tollen Einkaufsatmosphäre und besonderen Produkten für sich zu gewinnen“, sagt Hauptgeschäftsführerin Sabine Hagmann. „Die Spielwarengeschäfte haben in den letzten Jahren Marktanteile verloren. Der Online-Handel und die Tiefpreisaktionen branchenfremder Unternehmen lenken manche Kunden weg vom klassischen Spielwarenhandel“, ergänzt BVS-Geschäftsführer Steffen Kahnt.

Dass viele Verbraucher bei Müller Spielwaren kaufen statt in den kleinen Fachgeschäften, ist Bertram Kipp vom Esslinger Spielhansl egal. „Das kann ich eh nicht ändern.“ Auf 60 Quadratmetern präsentiert der 69-Jährige sein Sortiment. Begeistert erzählt er von der Domino-Rally und von Tierfigurspuzzeln, die auch Erwachsene kaufen. Kipp spezialisiert sich auf Holzspielwaren und nachhaltige Artikel. Konzernprodukte führt er kaum. Die Zeiten, als er viele Kaufäden absetzte, seien allerdings vorbei.

Auch einen Webshop oder Marketing gebe es bei ihm nicht. Schließlich gelte es, die hohe Miete zu zahlen. „Meine Werbung sind die Innenstadtlage und der Kartenstander vor dem Laden“, sagt Kipp. Mit dem Umsatz ist er in diesem Jahr zufrieden, bei den meisten Spielwarengeschäften, betont auch der Handelsverband, laufe es derzeit gut.

Andere haben bereits geschlossen. Am Stuttgarter Marktplatz bot das Traditionsgeschäft Spielwaren Reiterle, ehemals Kurtz, Spielwaren auf vier Etagen – Ende November kam das Aus. Vor allem die Zeit großer Spielwarenfachgeschäfte, die noch vor zwei, drei Jahrzehnten viele Innenstädte prägten, scheint vorbei zu sein.

Jenseits des Marktplatzes hat sich das kleine 1000er-Sortiment gehalten. „Eine kleinere Fläche ist besser zu händeln“, sagt Elisa



Nachhaltige Spielwaren, etwa aus Holz, sind bei vielen kleinen Fachgeschäften das Markenzeichen.

Foto: imago/Monkey Business 2

Fischer. Früher schickte sie Kunden auch mal zu Kurtz, wenn es etwas nicht im Angebot gab, das 1000er-Sortiment hat sich wie viele andere kleinere Geschäfte auf nachhaltige Holzspielsachen, aber auch auf kleinere Spielzeughersteller spezialisiert. „Die Leute kaufen derzeit gut und freudig, ich bin guten Mutes“, sagt Elisa Fischer. Auch deshalb wer-

de sie den kleinen Laden von ihren Eltern übernehmen.

Wenn Ade von Spielwaren Steck einmal in Rente geht, bedeutet das wohl auch das Ende ihres Geschäfts – ihre Kinder gehen beruflich andere Wege. Ihre Antwort auf die Frage, ob die kleinen Spielwarengeschäfte aussterben werden: „Ich denke schon.“

Milliarden für Energiewende

Europa will unabhängiger von Russland werden und gleichzeitig den Klimaschutz vorantreiben.

BRÜSSEL. Das Ziel ist klar: die EU will schneller unabhängig von russischer Energie werden. Deshalb hat die Union nun beschlossen, angesichts der Energiekrise 20 Milliarden Euro zusätzlich in die Energiewende zu stecken. Darauf einigten sich in Straßburg in den frühen Morgenstunden des Mittwoch Vertreter des Europaparlaments und der EU-Staaten. Zusätzlich sollen Kredite aus dem Corona-Aufbaufonds für die Investitionen genutzt werden.

Quer durch alle Fraktionen im Parlament wird die Entscheidung als „wichtiger Schritt“ gefeiert, um die aktuellen Krisen zu meistern. „Diese Verhandlungen machen den Weg frei für den europäischen Erneuerbaren-Booster“, kommentierte der grüne EU-Abgeordnete Michael Bloss, der an den Verhandlungen teilnahm. Auch der CDU-Politiker Peter Liese zeigt sich sehr zufrieden, dass mit dem Paket sowohl Privatpersonen als auch die Industrie von den aktuell hohen Energiekosten entlastet würden. Der Europaabgeordnete betont aber: „Das alles darf nicht zu Lasten des Klimaschutzes gehen.“

Bauchschmerzen bereitet den Grünen, dass mit dem Geld in begrenztem Umfang auch Infrastruktur für fossile Energieträger wie flüssiges Erdgas oder Öl gefördert werden kann. Michael Bloss betont allerdings, dass das nur Leitungen oder LNG-Terminals betreffe, die bis 2026 in Betrieb gehen werden. „Es ist absehbar, dass in diesem Zeitraum nur eine überschaubare Anzahl solcher Projekte fertiggestellt werden“, versichert der Grünen-Politiker.

Die nun beschlossenen Maßnahmen sind Teil des Paketes „RePowerEU“, in dessen Rahmen bis zum Jahr 2030 bis zu 300 Milliarden Euro mobilisiert werden sollen. Der Schwerpunkt liegt dabei auf dem Ausbau der erneuerbaren Energien. *kkf*

Gutachter streiten über AKW Neckarwestheim

Vor dem Verwaltungsgerichtshof in Mannheim ist über das Risiko von Rissen verhandelt worden. Atomgegner wollen Betriebsende sofort.

VON CHRISTOPH LINK

MANNHEIM. Das zum Energiekonzern EnBW gehörende Atomkraftwerk Neckarwestheim 2 ist am Mittwoch Streitgegenstand einer mündlichen Verhandlung vor dem Verwaltungsgerichtshof Mannheim gewesen. Zwei Anwohner sowie der Bund der Bürgerinitiative Mittlerer Neckar klagen gegen eine Betriebsgenehmigung des baden-württembergischen Umweltministeriums, nachdem 2018 schnell wachsende Risse in Heizrohren des Druckerzeugers festgestellt worden sind. Sie verlangen die sofortige Stilllegung des 1400-Megawatt-Atommeilers, der Ende 2022 vom Netz gehen sollte, wegen der Energiekrise aber bis Mitte April 2023 weiterlaufen darf. Sollte der Verwaltungsgerichtshof den Klägern recht geben – eine Entscheidung steht aus – wäre der Plan hinfällig. Teilnehmer einer Mahnwache vor dem Gericht glauben nicht ans Abschaltdatum: „Die Atomlobby arbeitet doch an einer Laufzeitverlängerung“, meinte ein Aktivist.

Vor Gericht lieferten sich Sachverständige beider Seiten stundenlang einen Schlagabtausch zu Fragen der Materialkunde und Bruchfestigkeit von korrodierenden Rohrleitungen; die drei Verwaltungsrichter hörten geduldig zu, stellten kaum Fragen. Die Klägersseite betonte, dass die Geschwindigkeit der neuerdings gefundenen Risse nicht zu prognostizieren sei und sie nicht – wie kleinere Leckagen, die zu jedem Atombetrieb gehören – in den Griff zu kriegen seien, sondern direkt zu einem gefährlichen Bruch

führen könnten. Der könne zur Kernschmelze werden.

Wegen dieser „Schnellläufer“ – im Fachjargon Spannungsrissskorrosion – könne das AKW in einen Zustand geraten, der im Widerspruch zum kerntechnischen Regelwerk stehe. Mit bestimmten Maßnahmen habe der Kraftwerksbetreiber EnBW den „grundsätzlichen Schadensmechanismus zwar abgeschwächt“, aber nicht beseitigt. „Dass der nicht beseitigt ist, das räumt sogar die Gegenseite ein, und das war für uns überraschend“, sagte Alexander Sasse, Sachverständiger der Anti-Atom-Gruppe „Ausgestrahlt“ nach der Verhandlung. „Aber im Gegensatz zu uns hält sie das für ungefährlich.“

In der Tat hält Thomas Wildermann, Leiter der Atomaufsicht im Umweltministerium, den Weiterbetrieb des Kraftwerks für sicher. Den

vollständigen Abriss eines korrodierenden Rohres habe es „weltweit noch nicht gegeben“, sollte der Fall doch eintreten, habe man ein Sicherheitskonzept. Selbst ein zu 80 Prozent geschädigtes Rohr halte bis zur nächsten Revision. Ein Rohrabriss in Südkorea – so ein Gutachter – sei ein Einzelfall, das Rohr schon beschädigt gewesen.

Ein Richter warf ein, dass man viel über 2018 spreche und fragte, ob denn jetzt noch erhebliche Gefahren vom AKW ausgingen, da doch Maßnahmen ergriffen wurden. Ein Gutachter des Landes verneinte das: Die EnBW habe nach 2018 Kondensatorleckagen geschlossen, Rohrbodenreinigungen und Spülungen der Rohre durchgeführt: „Das Schadensbild hat sich deutlich verbessert.“

Gemeinsam für unsere Gesellschaft:

WIR ENTLASTEN DEUTSCHLAND

Die Bundesregierung

Kindergeld-Erhöhung

250 Euro für jedes Kind

•••••

Ab Januar 2023 steigt die Unterstützung für Familien: Dann beträgt das Kindergeld für jedes Kind 250 Euro. Für die ersten zwei Kinder bedeutet das die höchste Kindergeld-Erhöhung seit 1996.

Gas- und Strompreisbremse

Stopp für steigende Energiekosten!

◇◇◇◇◇

Für Gas werden die Preise auf 12 Cent pro kWh, für Strom auf 40 Cent pro kWh gedeckelt. Das sichert die Basisversorgung mit Strom, Gas und Fernwärme zu günstigeren Preisen. Haushalte und Unternehmen werden entlastet.

Energiepreispauschale

Bis zu

300 €

Im September erhielten Erwerbstätige eine einmalige Energiepreispauschale von 300 Euro. Im Dezember kommt sie für Rentnerinnen und Rentner. Studierende sowie Fachschülerinnen und -schüler sollen 2023 mit einmalig 200 Euro unterstützt werden.

Bürgergeld

502 €

Ab Januar 2023 steigt die Grundsicherung für alleinstehende Erwachsene um 53 Euro auf 502 Euro pro Monat. Zudem stärkt die Reform Qualifizierung, Weiterbildung und Arbeitssuche.

Weniger Steuern

für 48 Millionen

Wir gleichen die steuerlichen Mehrbelastungen aus, die durch die hohe Inflation entstehen. Von diesem Abbau der sogenannten „kalten Progression“ profitieren ab 2023 rund 48 Millionen steuerpflichtige Bürgerinnen und Bürger.

Dezember-Abschlag

Für Haushalte, kleine und mittlere Unternehmen

•••••

Der Bund übernimmt für Dezember 2022 die Gas-Abschlagszahlung und zahlt damit einen Teil der Winter-Heizkosten.

wir-entlasten-deutschland.de

Leute

Gaultier dekoriert nicht selbst

Die Kreativität von **Jean Paul Gaultier** (70) ist legendär – bei der Weihnachtsdekoration in seinem Haus lässt er aber anderen den Vortritt: „Es ist dekoriert, ja. Aber das habe ich nicht gemacht. Mein Freund macht das in erster Linie“, sagte der Modedesigner. Prunkvolle Weihnachtsdeko sei er auch gar nicht gewohnt: „Als ich ein Kind war, hatten meine Eltern nicht viel Geld und wir haben Mandarinen als Schmuck in den Weihnachtsbaum gehängt.“ dpa

Swift arbeitet am Geburtstag

Die Popsängerin **Taylor Swift** (33) hat auch an ihrem Geburtstag gearbeitet. „Natürlich habe ich meinen 33. Geburtstag im Studio verbracht“, schrieb die vielfach preisgekrönte Musikerin auf Instagram. Dazu postete sie ein Foto, auf dem sie auf dem Boden des Aufnahmestudios vor dem Popproduzenten **Jack Antonoff** (38) sitzt und beide Hände mit je drei Fingern in die Kamera streckt. Hinter ihnen stehen Keyboards und ein Mischpult. dpa

Royals grüßen betont lässig

Prinz William (40) gibt sich auf der diesjährigen royalen Weihnachtskarte mit seiner Familie betont locker und nahbar. Der britische Thronfolger und seine Frau **Kate** (40) gehen auf dem am Mittwoch veröffentlichten Foto gemeinsam mit ihren Kindern **George** (9), **Charlotte** (7) und **Louis** (4) Hand in Hand einen Spazierweg entlang. Aufgenommen wurde das Foto vor einigen Monaten in der Grafschaft Norfolk, wo auch Schloss Sandringham liegt. dpa

William und Kate mit den George, Charlotte und Louis

Foto: dpa/
Matt Porteous



Kurz berichtet

Tote und Verletzte durch Tornados in den USA

BATON ROUGE. Tornados haben in den USA mindestens zwei Menschen das Leben gekostet und erhebliche Sachschäden verursacht. In der Gemeinde Keithville im südlichen Bundesstaat Louisiana seien die Leichen eines Jungen und seiner Mutter unweit ihres zerstörten Hauses gefunden worden, teilte der Sheriff am Mittwoch mit. In Farmerville habe ein Wirbelsturm mehrere Häuser zerstört. „Das sind die schlimmsten Schäden, die ich in 17 Jahren gesehen habe“, sagte ein Polizeisprecher. dpa

Mann mit Spielzeugwaffe löst Polizeieinsatz aus

DRESDEN. Ein Unbekannter hat in einem Dresdner Einkaufszentrum mit einer Spielzeugwaffe für einen Polizeieinsatz gesorgt. Der Mann habe auf Aufzeichnungen der Überwachungskameras mit einer Waffe hantiert, teilte die Polizei am Mittwoch mit. Es stellte sich heraus, dass es sich um eine Spielzeugwaffe mit Schaumstofffeilen gehandelt hatte. Der Mann war weg. dpa

Große Silvesterparty in Rio wieder wie vor Corona

RIO DE JANEIRO. Die brasilianische Metropole Rio de Janeiro veranstaltet erstmals seit der Coronapandemie die berühmte Silvesterparty am Strand von Copacabana wieder ohne Einschränkungen. Dies kündigte Bürgermeister Eduardo Paes am Mittwoch an. Die Silvesterparty in Rio lockt jedes Jahr Millionen Touristen in die Stadt. dpa

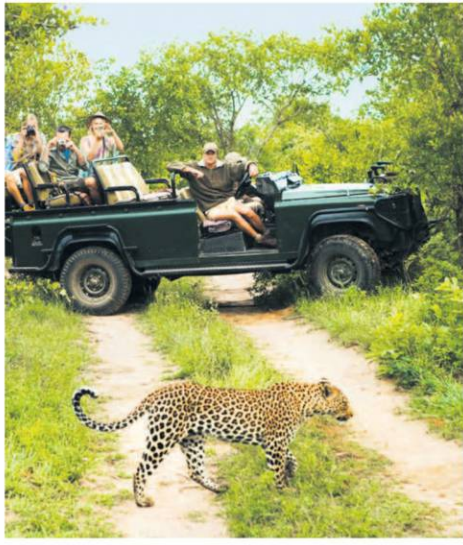
Aufgelesen

Edelstahlkugel mit Gin aus dem Bodensee verschwunden

ROMANSHORN. Im Bodensee ist eine rund 800 Kilo schwere Kugel voller Gin abhandengekommen. Die Besitzer, ein Schweizer Unternehmen für Catering, glaubt, dass sie gestohlen wurde. Die Firma stellt jedes Jahr eine Sonderausgabe Gin her, die 100 Tage lang im See gelagert wird und so ein besonderes Aroma erlangen soll. Als die Kugel jetzt gehoben werden sollte, fanden Taucher nur noch ihren Abdruck auf dem Grund. dpa



Beliebtes Reiseziel Ägypten, hier der Karnak-Tempel
Foto: imago/Petr Svancara



Traumziel Südafrika: Eine Safari ist schon ab 25 Euro buchbar.
Foto: imago/moodboard

VON HANS-WERNER RODRIAN

BERLIN. Wer aktuell eine Reise in Richtung Süden sucht, der kann einen Schreck bekommen. Doch mit der Wahl des Reiseziels und der Reiseform lässt sich eine Menge Geld sparen. Wir vergleichen sechs sehr unterschiedliche Reiseziele.

— Dominikanische Republik

In der Dominikanischen Republik lag die Inflation im Oktober bei 8,2 Prozent. Dazu kommt: Für den schwachen Euro gibt es aktuell zwölf Prozent weniger Domrep-Pesos als vor einem Jahr; das macht zusammen für Europäer gut 20 Prozent höhere Preise als Ende 2021. Noch stärker gestiegen sind die Kosten für Ausflüge, Busse und Taxis. Das Ganze geschieht jedoch auf einem niedrigen Preisniveau, die Lebenshaltungskosten betragen 2021 laut Weltbank weniger als 50 Prozent im Vergleich zu Deutschland. Im Restaurant zahlt man zu zweit für ein Dreigänge-Menü rund 38 Euro. Gut zu wissen: Die Pauschalreisepreise für die Dominikanische Republik haben erst um neun Prozent zugelegt, meldet Check24. Im Zweifel bucht man also besser über einen Veranstalter.

Preisniveau: mittel

— Dubai

Die Glitzermetropole am Arabischen Golf schafft seit Jahren das Kunststück, gleichzeitig als Refugium der Reichen und als



Wer eine Fernreise macht, will den Ärger daheim lassen. Doch Inflation und Energiekrise sind bereits dort, wohin wir reisen. Trotzdem gibt es noch bezahlbare Urlaubsziele.

Sri Lanka gilt als heißer Tipp für eine sehr günstige Fernreise.

Foto: imago/Luis Gomez

Schnäppchenziel zu gelten. Tatsächlich liegen die Lebenshaltungskosten bei nicht einmal 80 Prozent von Deutschland. Bei 3,5 Prozent Inflation und einer Währung, die für Deutsche sieben Prozent günstiger ist als im Vorjahr, hat sich die Situation für deutsche Urlauber sogar noch einmal verbessert. Die Pauschalreisepreise für Dubai stiegen allerdings binnen Jahresfrist um 20 Prozent auf einen Tagessatz von 231 Euro. Wegen günstiger Flüge und ständiger Schnäppchen bei neu eröffneten Hotels lässt sich einiges Geld sparen, wenn man seine Reise selbst zusammenstellt. Achtung: Die Restaurants sind bis zu 60 Prozent teurer als in Deutschland, in einfachen Lokalen ist ein Mittagessen aber bereits für zwölf Euro zu haben.

Preisniveau: mittel bis gehoben

— Südafrika

Die Inflation lag im Land am Kap im Oktober 2022 bei 7,8 Prozent – der höchste Wert seit 13 Jahren. Der Wechselkurs ist für Europäer zuletzt günstiger geworden und im Dezember wieder beim Niveau des Vorjahres angelangt. Die Lebenshaltungskosten in Kapstadt sind aber immer noch etwa ein Drittel niedriger als in Berlin. Einfache Unterkünfte gibt es schon ab zehn Euro, ein Ferienhaus kostet ab 75 Euro. Der Kilometer mit dem Taxi kommt auf 90 Cent, die Flasche Wein im

Supermarkt auf 4,75 Euro. Eine Safaritour in einem Nationalpark kann bei einheimischen Anbietern bereits ab 25 Euro am Tag gebucht werden.

Preisniveau: günstig bis mittel

— Ägypten

In Ägypten lag die Inflation im Oktober bei 16 Prozent. Vor Ort bekommt man aber 46 Prozent mehr ägyptische Pfund als vor einem Jahr; zusammerechnet sind die Preise aus deutscher Sicht also um 30 Prozent gesunken. Das Ganze geschieht zudem auf einem niedrigen Preisniveau, die Lebenshaltungskosten betragen

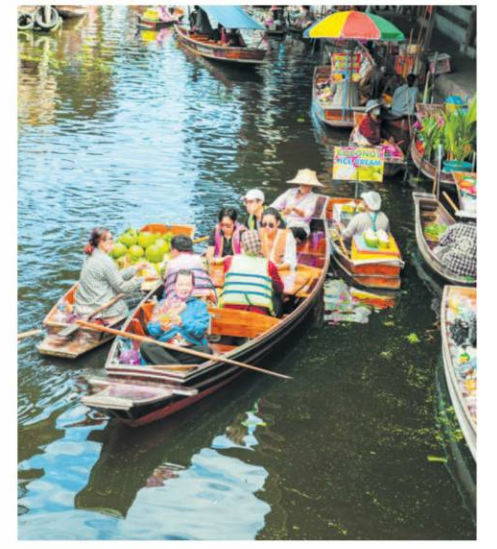
Dubai ist Refugium der Reichen und gleichzeitig ein Schnäppchenziel.

2021 laut OECD und Weltbank nicht einmal 30 Prozent von Deutschland. Davon haben allerdings die wenigsten Urlauber etwas. Denn die meisten Gäste buchen All-inclusive-Urlaub in einem Strandhotel am Roten Meer – und da haben die Preise im vergangenen Jahr um 21 Prozent zugelegt. Der Tagespreis pro Person stieg laut Check24 von 97 auf 117 Euro, was aber immer noch günstig ist. Sparen lässt sich in Ägypten, wenn man nicht im Hotel isst: Ein Mittagessen ist für 3,50 Euro zu haben, ein Bier für 1,40 Euro.

Preisniveau: immer noch günstig

— Thailand

Die Inflation lag in Thailand zuletzt bei 6,3 Prozent. Positiv für deutsche Urlauberinnen



Thailand ist noch immer ein Reiseziel, das nicht die Welt kostet.
Foto: imago/Fokke Baarsen



Dubai bietet Urlaubern immer wieder Schnäppchenpreise.
Foto: imago/Jakub Porzycy

und Urlauber entwickelte sich auch die Währung: Der thailändische Baht kostet aktuell rund 3,5 Prozent weniger als vor einem Jahr. Aufgrund des bislang sehr niedrigen Preisniveaus bleibt das Land des Lächelns für deutsche Urlauber ein erschwingliches Reiseziel. OECD und Weltbank schätzen die Lebenshaltungskosten auf 60 Prozent billiger als in Deutschland. In einem Mittelklassehotel können Reisende für 35 Euro übernachten. Die Restaurants sind 45 Prozent billiger als in Deutschland, Transport und Freizeitaktivitäten sind sogar 70 bis 80 Prozent billiger als hierzulande.

Preisniveau: günstig

— Sri Lanka

Sri Lanka knackt – auch wegen politischer Turbulenzen im vergangenen Jahr – den Inflationsrekord mit 70 Prozent. Da sollte man also auf gar keinen Fall Geld vorab tauschen. Die Sri-Lanka-Rupie verteuerte sich allerdings gegenüber dem Euro um 40 Prozent. Für den deutschen Geldbeutel verbilligte sich die Gewürz- und Teeinsel in Summe also um rund 30 Prozent. Das Preisniveau wird damit noch günstiger als schon zuvor, OECD und Weltbank schätzen die Lebenshaltungskosten in Sri Lanka zwei Drittel niedriger als in Deutschland. Im Restaurant und für Einkäufe sind ein Drittel der deutschen Preise zu zahlen, im Hotel und für Lebensmittel 30 bis 40 Prozent weniger als daheim.

Preisniveau: sehr günstig

Großrazzia mit Clanbezug

Hunderte Polizisten haben in Deutschland am Mittwoch zahlreiche Häuser durchsucht. Es geht um verschwundene Autos und Betrug mit Coronahilfen.

DÜSSELDORF. Mit einer Großrazzia geht die Polizei seit Mittwochmorgen gegen mutmaßliche Hehler und Betrüger vor, darunter Mitglieder des sogenannten Al-Zein-Clans. Mehr als 50 Beschuldigten wird nach Informationen der Deutschen Presseagentur unter anderem die Unterschlagung zahlreicher Autos vorgeworfen. Mehrere Haftbefehle sollen vollstreckt werden. Hunderte Beamte sind am Mittwochabend noch im Einsatz gewesen. Es soll sich bei zwei Hauptbeschuldigten um Mitglieder des Al-Zein-Clans handeln.

Schwerpunkt Nordrhein-Westfalen

Schwerpunkt der Durchsuchungen ist nach Informationen der Deutschen Presse-Agentur Nordrhein-Westfalen. Dort gibt es Razzien unter anderem in Solingen, Dortmund und Bochum. Betroffen sind aber auch Städte in anderen Bundesländern, darunter Berlin, Niedersachsen und Hessen.

Aus Ermittlerkreisen hieß es dazu am Mittwoch, dass geleaste Autos unterschlagen und mit neuen Kennzeichen versehen verkauft worden sein sollen. In einem zweiten Ermittlungskomplex geht es um Betrug



Polizei am frühen Morgen bei der Razzia in Solingen
Foto: dpa/Roberto Pfließ

Abgeschottete Subkultur

Statistik Mit dem Begriff der Clankriminalität bezeichnet die Polizei eine „sich aus ethnisch abgeschotteten Subkulturen heraus entwickelnde Kriminalität“. 2021 war die statistisch erfasste Clankriminalität im größten deutschen Bundesland leicht rückläufig. Die Zahl der erfassten Straftaten durch kriminelle Clanangehörige sank um 5,8 Prozent auf 5460.

Vermögen Das Volumen des beschlagnahmten Vermögens ist von knapp vier auf über zehn Millionen Euro mehr als verdoppelt worden. Jedes fünfte Ermittlungsverfahren im Bereich der Organisierten Kriminalität hat 2021 Clanbezüge gehabt. dpa

mit Corona-Soforthilfen. Beide Verfahren überschneiden sich anscheinend. Die Federführung liegt beim nordrhein-westfälischen Landeskriminalamt.

Der Al-Zein-Clan macht immer wieder Schlagzeilen. Zurzeit stehen Angehörige in Düsseldorf vor Gericht, deren Villa in Leverkusen mit Geldern vom Jobcenter bezahlt worden sein soll. Der Staatsanwalt hatte vor wenigen Tagen für den Clanchef eine Haftstrafe von sechs Jahren gefordert. Die Urteile sollen am 22. Dezember gesprochen werden.

Kriminelle Großfamilien

Die Polizei in Nordrhein-Westfalen geht seit einigen Jahren gezielt gegen kriminelle türkisch-arabische Familienclans vor. Der Hauptaktionsraum von Clankriminellen ist laut Landeskriminalamt das Ruhrgebiet. Die meisten Straftaten wurden laut „Lagebild Clankriminalität“ 2021 in Essen verzeichnet, gefolgt von Recklinghausen, Gelsenkirchen, Duisburg und Bochum. Seit Beginn der Offensive gegen kriminelle Clans im Juli 2018 seien bei mehr als 2000 Razzien mehr als 5000 Objekte kontrolliert und 3200 Strafanzeigen aufgenommen worden, hieß es bei der Vorstellung des Lagebilds im April.

Bundesinnenministerin Nancy Faeser hatte erst vor Kurzem zu einem entschlossenen Kampf gegen die organisierte Kriminalität in Deutschland aufgerufen. Diese habe man viel zu lange „nicht ernst genug genommen“, sagte die SPD-Politikerin bei der Herbsttagung des Landeskriminalamts. dpa

Viele Unfälle wegen Eisregens

In Freiburg behandelt das Rote Kreuz Verletzte in der Messehalle, weil die Kliniken kurzzeitig überfüllt sind.

FREIBURG. Das Wetter hat am Mittwoch für viele Menschen, die draußen unterwegs waren, Gefahren mit sich gebracht. Zwischen Schwarzwald und Alpenvorland stellte sich eine gefährliche Glatteislage ein, teilte der Deutsche Wetterdienst mit. Am Münchner Flughafen konnten am Nachmittag keine Flugzeuge starten und landen. In Südbaden kam es zu zahlreichen Unfällen mit mehreren Verletzten.

In Baden-Württemberg kam es vor allem im Raum Südbaden zu Behinderungen wegen Glatteis. Weil die Kliniken wegen der vielen Glatteis-Unfälle überfüllt waren, bauten Rettungskräfte in Freiburg einen Behandlungsplatz in der Messehalle auf. Verletzte wurden dort medizinisch versorgt und sollten so bald wie möglich weitertransportiert werden, wie das Rote Kreuz mitteilte. Wegen spiegelglatter Straßen sperrte die Stadt Freiburg große Teile des bei Touristen beliebten Münsterplatzes und der Haupteinkaufsmeile in der Altstadt.

Am Donnerstag soll es im Süden stark bewölkt sein, mit gebietsweise noch leichtem Schneefall oder gefrierendem Regen, der bis zum Mittag abklingt. Sonst kommt neben örtlichem Nebel oft die Sonne heraus. dpa

BaWü-Check

Auf gut Schwäbisch

Täglich neu: Landestypisches für Einheimische und Reigschmeckte

Au Männer kennad baatscha

VON TOM HÖRNER

Wenn Schnee fällt, lässt das auch unsere Leserschaft nicht kalt. Hannelie Meine wurde im Oberland in Mochenwangen bei Ravensburg geboren und zog mit acht Jahren nach Wernau um: „Ich wuchs mit oberländischen Sprachwurzeln meiner Oma Paula auf. Wenn einzelne Schneeflocken vom Himmel fielen, sagte sie: ‚Guck no do na, ‚s flemelet!‘ Wenn es graupelte, sagte Oma Paula: ‚Jetzt kutze-boinelet’s au no.‘ Wenn’s recht nasskalt war: ‚Heit isch’s richtig kebelig.‘ Ich finde die Ausdrücke wundervoll und verwende sie zum Erstaunen meiner Enkel (Magdalena 15, Sophie 15 und Maximilian 11 und Julius 11) gerne. Getreu dem schönen schwäbischen Liedgut: Es schneielet, es beielet.“

Rudi Clauss aus Esslingen bringt die winterliche Kleiderordnung ins Spiel: „Wenn dr Vadder bei Minusgrad en Wengerd ging, kam scho moal: ‚Heit isch zabfakald. Doa brauch i a warms Wamms on gfiderde Hedschich.“

Wolfgang Dittebrandt aus Bondorf fühlte sich von den Ausführungen von Irene Schmolh angesprochen: „Mr hot friar koan Fernseher ghett, ‚s Neieschde vom Flecka hot dr Schitz ausgschellat. Bei aos war des dr Schitza Heiner. Ond was es suscht no Nuis gea hot, hend dia Nochber onderanender verzehlt. Meischdens waret des dia äldere Weiber, dia uff dr Schdtroß sich anander des verzehlt hend, was mr suscht et erfahra het. Aber bei aos do hend se et bloß baatscht ond traatscht, bei aos hend se ao saumäßig viel grafflet. Do send se uff dr Schtroß gschdanda oder em a Hof uff ama Beekle ghockat ond hend mitanander grafflet. Ond des waidagat lang ond oft. So isch des no so weit komma, dass mr zo deara Schtroß, wo so viel grafflet woara isch, ao d’ Raffgass gsait hot.“

„Au Männer kennad baatscha“, meint Renate Schietinger aus Nürtingen-Zizishausen. „Letschtens ben i ens Städle gfahra zom Eikaufa. Zwoi Nochber schdanda vor am Haus ond händ sich onderhalda. Sicher isch’s om ebbas ganz Wichtigs ganga, denn fascht a Schdond später, auf meim Hoimweg, send se emmer no dogschdanda ond hent’s wichtig ghed. I han no oghalda ond han gfrogt, ob i ehne an Schtual bringa soll. Erschd hent se a bissle komisch guckt, aber no hen mir doch alle lacha miasa.“

Der Spruch des Tages kommt auch von Wolfgang Dittebrandt: „Oaner woafß nia ällas, suscht brieht mr koan Rat.“

→ Schreiben Sie uns:
Zentralredaktion, Postfach 10 44 52, 70039 Stuttgart, Stichwort: Schwäbisch, Fax: 07 11 / 72 05 - 14 01; E-Mail: land@stn.zgs.de

Strobl für Härte gegen Straffällige

Die Attacke auf zwei Mädchen in Illerkirchberg entfacht weiter Diskussionen über Abschiebungen.

STUTTGART. Nach dem blutigen Angriff auf zwei Mädchen in Illerkirchberg rückt die Frage nach Abschiebungen von Menschen nach schweren Straftaten in den Fokus. Der baden-württembergische Innenminister Thomas Strobl (CDU) sprach sich dafür aus, bestimmte Täter abzuschicken. „Wer als Geflüchteter in dem Land, das ihm Schutz gewährt, einen Menschen ermordet und einen weiteren Menschen schwer verletzt, der hat sich dafür entschieden, dass er in diesem Land nicht bleiben möchte“, sagte er.

Ein Mann aus Eritrea soll zwei Mädchen am 5. Dezember auf dem Weg zur Schule in Illerkirchberg nahe Ulm angegriffen, die 14-Jährige getötet und das 13 Jahre alte Mädchen schwer verletzt haben. Der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Sascha Binder, sagte, dass die CDU aus seiner Sicht den Fall von Illerkirchberg mit einem verdächtigen Eritreer nutze, „um die Debatte um die Abschiebungen nach Afghanistan noch mal etwas mit Leben zu füllen“. Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) erlaubt sich indes kein Urteil: „Wer wohin abgeschoben werden kann, entscheidet die Bundesregierung.“

Hintergrund ist die Debatte über einen Afghanen, der 2019 in einem Flüchtlingsheim, ebenfalls in Illerkirchberg, mit anderen Männern ein 14-jähriges Mädchen vergewaltigt hatte. *lsw*

Bürger sind nur begrenzt beunruhigt

In der Flüchtlingspolitik wird die Arbeit der Landesregierung kritisch beurteilt. Für die Geflüchteten gibt es aber großes Verständnis.



Foto: Adobe Stock/pronoia
Montage: Sebastian Ruckaberle

VON KAI HOLOCH

STUTTGART. Sorgen und Skepsis: ja – Panik: nein. So lässt sich laut dem aktuellen BaWü-Check die Stimmungslage der Menschen in Baden-Württemberg zum Ende des Jahres 2022 wohl am ehesten beschreiben. In einer repräsentativen Meinungsumfrage, die das Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der baden-württembergischen Tageszeitungen durchgeführt hat, wird deutlich, dass die Bevölkerung vollkommen anders auf die aktuelle Flüchtlingswelle reagiert als in den Jahren 2015 und 2016.

Allerdings gibt es ein weit verbreitetes Unbehagen gegenüber der Flüchtlingspolitik des Landes. Nur 27 Prozent der Befragten stellten dem Land ein positives Zeugnis aus, 49 Prozent sehen die Arbeit der Landesregierung in diesem Bereich kritisch. Hier sind die wichtigsten Ergebnisse der Umfrage:

Wo sind all die Flüchtlinge?

Zwar war auch bei der Flüchtlingswelle 2015/16 das ehrenamtliche Engagement gewaltig. Große Teile der Bevölkerung waren damals aber außerordentlich besorgt. Aktuell, so hat der BaWü-Check ermittelt, hält sich die Beunruhigung der Bevölkerung in Grenzen. Die Frage, wie sich die Fluchtwelle bei den Menschen vor Ort auswirkt, führt zu überraschenden Ergebnissen. Jeder Dritte sagt, dass in der näheren Umgebung viele Flüchtlinge untergebracht worden sind. Genauso groß aber ist die Zahl derjenigen, die den Eindruck haben, dass es nur wenige Flüchtlinge im näheren Umfeld gibt. Sieben Prozent der Befragten sind sogar überzeugt davon, dass in ihrer Gegend so gut wie keine Flüchtlinge angekommen sind. Die restlichen 25 Prozent trauen sich bei dieser Frage keine Antwort zu.

Bürger sehen Aufnahmekapazitäten

Wenn man Städten und Gemeinden glaubt, dann sind die Kapazitäten für die Betreuung der Flüchtlinge in den meisten Kommunen schon seit Wochen nahezu ausgeschöpft – und auch bei der Unterbringung gibt es bereits erhebliche Engpässe. Beim Flüchtlingsgipfel der Landesregierung vor ein paar Tagen haben alle Beteiligten deshalb den Schulterschluss geprobt: Nur gemeinsam werde es möglich sein, den in einem harten Winter weiter ansteigenden Flüchtlingsstrom im Land aufnehmen zu können.

Sprechen die Verantwortlichen von einer Ausnahmesituation, so sieht die Hälfte der Bevölkerung nach wie vor zumindest einen begrenzten Spielraum für weitere Unterbringungen: 13 Prozent sind sogar überzeugt, dass bei ihnen in der näheren Umgebung ohne Weiteres mehr Flüchtlinge aufgenommen werden könnten. Weitere 37 Prozent sehen noch begrenzten Spielraum. Et was mehr als 25 Prozent haben den Eindruck, die Aufnahmekapazität sei erschöpft.

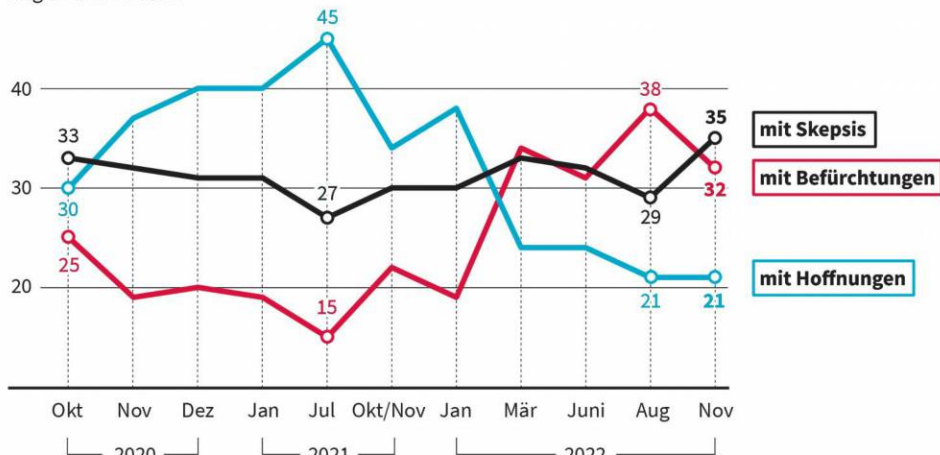
Flaschenhals Schule

Ein wesentlicher Unterschied zur Flüchtlingswelle 2015/16 ist, dass damals vor allem junge Männer in die EU und dann weiter nach Deutschland gekommen sind. Dieses Mal sind es vor allem Frauen mit Kindern, die die Ukraine verlassen konnten und auch durften. Auf der einen Seite führt das dazu, dass die Flüchtlinge im öffentlichen Raum kaum wahrgenommen werden. An anderer Stelle, in den Schulen des Landes, bereitet diese Tatsache aber erhebliche Probleme. Weit mehr als 20.000 Kinder im schulpflichtigen Alter bereits sind seit Kriegsbeginn nach Baden-Württemberg eingereist – und müssen nun integriert werden.

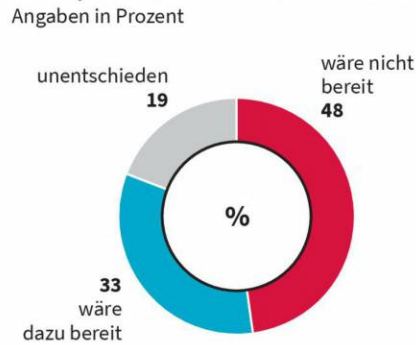
Das sehen auch die Befragten des BaWü-Checks so. Lediglich sechs Prozent der Bevölkerung sind überzeugt, dass die Schulen die gewaltige Integrationsaufgabe ohne Weiteres bewältigen können. 42 Prozent

Umfragewerte für Baden-Württemberg

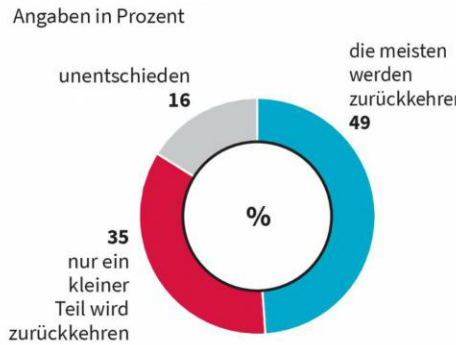
Sehen Sie den kommenden zwölf Monaten mit Hoffnungen oder Befürchtungen entgegen?
Angaben in Prozent



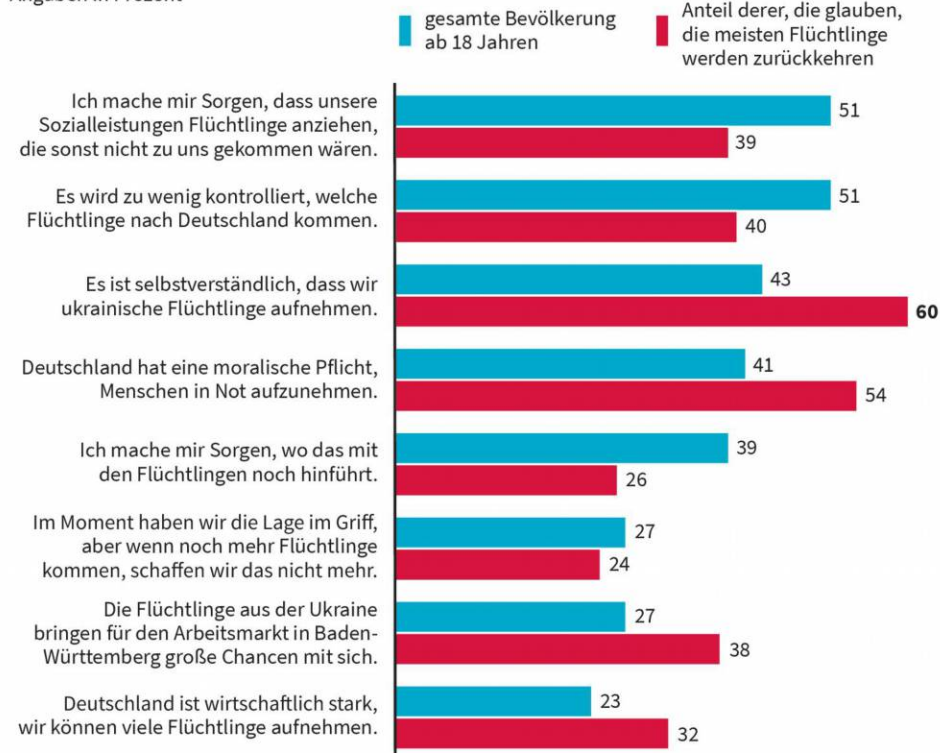
Wären Sie bereit, Flüchtlinge aus der Ukraine aufzunehmen – unabhängig davon, ob es bei Ihnen machbar wäre?
Angaben in Prozent



Werden die meisten ukrainischen Flüchtlinge nach Kriegsende wieder in ihre Heimat zurückkehren?
Angaben in Prozent



Einige ganz allgemeine Fragen: welchen der folgenden Aussagen würden Sie zustimmen?
Angaben in Prozent



Grafik: Krause | Quelle: IfD-Allensbach für Baden-Württemberg, Befragungszeitraum 16. – 25. November 2022

glauben, dass dies den Schulen nur mit Schwierigkeiten gelingen wird. Sogar nahezu die Hälfte der Befragten – 48 Prozent – spricht von einer völligen Überforderung.

Sporthallennutzung – warum nicht?

Überraschend ist auch die Wahrnehmung bezüglich der Notwendigkeit und der Existenz von Notunterkünften für Neuankommlinge. Zwar haben in der aktuellen Flüchtlingskrise sehr viele Ukrainerinnen und Ukrainer zunächst Unterschlupf bei Verwandten, Bekannten und Freunden in Deutschland gefunden. Auch ist die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger groß, ukrainische Flüchtlinge bei sich daheim aufzunehmen oder ihnen frei stehende Wohnungen anzubieten.

Dennoch sorgt die schiere Masse der Flüchtlinge dafür, dass immer mehr Gemeinden erneut dazu übergehen, Turnhallen und andere Säle zu Notunterkünften umzubauen. Das wird in politischen Kreisen heftig

diskutiert, bei vielen Menschen ist das in der ersten Flüchtlingskrise ausgesprochen heikle Thema noch nicht angekommen. Lediglich 13 Prozent der Bevölkerung berichten, ihnen wären zu Notunterkünften umgewidmete Turnhallen in ihrem Ort bekannt, weitere 15 Prozent, dass solche Maßnahmen diskutiert werden. Beachtliche 46 Prozent – auf dem Land sind es sogar 69 Prozent – der Befragten sind aber überzeugt, dass es solche Pläne bisher nicht gibt.

Allgemein sehen die Menschen in der Belegung von Turnhallen mit Geflüchteten weniger Probleme. Die allgemeine Grundhaltung ist tendenziell positiv: 44 Prozent der Bürgerinnen und Bürger finden die Umwidmung von Turnhallen in Ordnung, 38 Prozent sprechen sich dagegen aus.

Notunterkünfte in der Nähe

Und noch ein bemerkenswertes Ergebnis: Mit der Vorstellung, dass in der Nähe der eigenen Wohnung eine Notunterkunft für

Der BaWü-Check

Basis Der BaWü-Check ist eine Umfrage der Zeitungen im Südwesten, die das Institut für Demoskopie Allensbach durchführt.

Zeitraum Vom 16. bis 25. November 2022 wurden im Land 1060 erwachsene Personen online befragt. Die Teilnehmer erhielten eine E-Mail und konnten über einen Link zum Fragebogen gelangen. Dieser umfasste 15 Fragen. Die Teilnehmer konnten vorgegebene Antworten anklicken. *hol*

Flüchtlinge errichtet würde, hat die Mehrheit der Menschen keine Probleme. Lediglich 26 Prozent der Befragten geben an, dass sie eine solche Unterkunft stören würde, 51 Prozent hätten nichts dagegen.

Ukraine-Flüchtlinge sind willkommen

Die große Mehrheit der Bevölkerung spricht sich dafür aus, auch in den nächsten Monaten weitere Flüchtlinge aus der Ukraine aufzunehmen. Insgesamt vertreten 73 Prozent der Bevölkerung diese Position, wobei sich jedoch ein Teil für eine Kontingentierung ausspricht: 39 Prozent votieren dafür, nur noch eine bestimmte Anzahl an Flüchtlingen zu versorgen, während sich 34 Prozent dafür einsetzen, auch weiterhin so unbürokratisch wie möglich zu helfen. Lediglich 18 Prozent möchten nur noch sehr wenige oder gar keine Flüchtlinge mehr aufnehmen.

Hohe private Aufnahmebereitschaft

Glaubt man den Umfragewerten, ist jeder Dritte grundsätzlich bereit, Flüchtlinge aus der Ukraine bei sich zu Hause aufzunehmen – wenn es von der Wohnsituation her möglich wäre. 50 Prozent der Befragten geben an, eine solche Lösung käme für sie nicht infrage. Dennoch sprechen die Meinungsforscher aus Allensbach von einer „bemerkenswert hohen Aufnahmebereitschaft“. Allerdings spielt auch hier der Zeitfaktor eine wichtige Rolle. Eine Aufnahme von Flüchtlingen kommt vor allem bei den Befragten infrage, die davon ausgehen, dass die Flüchtlinge nur kurze Zeit in Deutschland bleiben. Bei den meisten der Aufnahmewilligen scheitert die Umsetzung aber an den eigenen Wohnverhältnissen. Immerhin neun Prozent der Bevölkerung geben an, sie hätten die Möglichkeit, bei sich zu Hause Flüchtlinge aus der Ukraine aufzunehmen.

Gute Integrationschancen

Insgesamt sieht die Mehrheit der Bevölkerung gute Integrationschancen für Flüchtlinge aus der Ukraine. Dies ist ein gravierender Unterschied zur Einschätzung der Integrationschancen in der Flüchtlingswelle 2015. 54 Prozent sehen heute gute Chancen, dass die Geflüchteten in die Gesellschaft integriert werden können, 34 Prozent äußern sich skeptisch. Diese Zahlen machen deutlich, dass die Flüchtlingswelle aus der Ukraine auf ein deutlich anderes gesellschaftliches Klima trifft als 2015.

Angst vor dem Pull-Effekt

Die positive Grundhaltung bedeutet aber nicht, dass es keine Sorgen in der Bevölkerung gibt. 39 Prozent beschäftigt die weitere Entwicklung der Flüchtlingswelle intensiv. 27 Prozent sind überzeugt davon, dass Deutschland zwar im Moment die Lage im Griff hat, aber überfordert sein könnte, wenn die Zahl der Flüchtlinge weiter deutlich steigt. Kritisch gesehen werden auch die staatlichen Rahmenbedingungen: So machen sich 51 Prozent der Befragten Sorgen über den sogenannten Pull-Effekt, dass also aufgrund der Sozialleistungen viele Flüchtlinge angelockt werden. Ebenso kritisieren viele, dass zu wenig kontrolliert werde, welche Flüchtlinge nach Deutschland kommen.

54 Prozent sehen gute Chancen der Integration für die ukrainischen Flüchtlinge.

Noch nie so viele Journalisten in Haft

Jahresbilanz von Reporter ohne Grenzen: Die Zahl getöteter Medienschaffender nimmt stark zu.

BERLIN. Die Zahl der weltweit inhaftierten Medienschaffenden ist in diesem Jahr nach Angaben von Reporter ohne Grenzen auf ein Rekordhoch gestiegen. Zum Stichtag 1. Dezember saßen mindestens 533 Journalistinnen und Journalisten wegen ihrer Arbeit im Gefängnis, wie die Organisation, die sich weltweit für Pressefreiheit einsetzt, zur Veröffentlichung ihrer Jahresbilanz am Mittwoch mitteilte.

Gegenüber 2021, als Reporter ohne Grenzen (ROG) ebenfalls ein Rekordhoch verzeichnet hatte, stieg die Zahl demnach noch einmal um rund 13 Prozent an. Mehr als die Hälfte aller Inhaftierten habe sich indes auf nur fünf Länder verteilt: China, Myanmar, Iran, Vietnam und Belarus. Der Iran sei neu in dieser Gruppe, hieß es. Nach dem Ausbruch der landesweiten Proteste saßen dort derzeit 47 Medienschaffende im Gefängnis.

Im zu Ende gehenden Jahr 2022 seien zudem weltweit mindestens 57 Medienschaffende wegen ihrer Arbeit getötet worden, davon 80 Prozent gezielt, hieß es weiter. Das seien fast 19 Prozent mehr als im Vorjahr. Damals war die Zahl zum ersten Mal seit 2003 wieder unter 50 gesunken. Als einen Grund für den Wiederanstieg in diesem Jahr macht Reporter ohne Grenzen den Krieg in der Ukraine aus, wo acht Medienschaffende starben. Zwei Drittel der getöteten Journalisten starben jedoch außerhalb von Kriegsgebieten. Allein elf wurden in Mexiko ermordet. Recherchen zu organisiertem Verbrechen oder Korruption seien besonders gefährlich, so Reporter ohne Grenzen.

„Die Rekordzahl inhaftierter Medienschaffender zeigt, dass autoritäre Regime verstärkt dazu übergehen, unliebsame Journalistinnen und Journalisten einfach wegzusperren“, sagte ROG-Vorstandssprecherin Katja Gloger. In den meisten Fällen machten sie sich nicht einmal die Mühe, sie vor Gericht zu bringen. **KNA**

Preis für Darstellerin Leonie Benesch

BERLIN. Die deutsche Schauspielerin Leonie Benesch (31) gehört zu den zehn europäischen „Shooting Stars“, die zur nächsten Berlinale (16. bis 26. Februar 2023) ausgezeichnet werden. Dies teilte das Netzwerk European Film Promotion mit. Die Jury zeigte sich beeindruckt von Beneschs Darstellung einer idealistischen Lehrerin in dem Film „Das Lehrerzimmer“ des Regisseurs Ilker Catak. „Sie zeigt eine Noblesse und Aufrichtigkeit des Charakters, die über den Schulalltag hinausgeht, und lässt das Publikum raten, was als Nächstes passieren wird“, hieß es. Benesch hatte schon im Alter von 18 Jahren in dem vielfach ausgezeichneten Film „Das weiße Band“ von Michael Haneke gespielt. **dpa**

Neue Intendantin der Bregener Festspiele

BREGENZ. Ab der Saison 2025 soll die Finnin Lilli Paasikivi die künstlerische Leitung der Bregener Festspiele übernehmen, so Festspielpräsident Hans-Peter Metzler am Mittwoch. Paasikivi ist seit 2013 die künstlerische Direktorin der Finnischen Nationaloper in Helsinki. Sie folgt auf Elisabeth Sobotka, die nach dem Sommer 2024 an die Berliner Staatsoper wechselt. Die 1965 geborene Paasikivi stand als Solistin auf den wichtigsten Bühnen der Welt - etwa mit dem London Symphony Orchestra und dem Wiener Philharmonikern. Ein Ziel ihrer Arbeit sei, Technologie mit Oper zu verbinden. Ihr Vertrag soll zunächst für fünf Jahre gelten. **dpa**

VON JAN SELLNER

STUTTGART. Der Akt wirkte spielend leicht: Für das Land Baden-Württemberg und die Stadt Stuttgart unterzeichneten am Mittwoch Kunstministerin Petra Olschowski und Kulturbürgermeister Fabian Mayer im Linden-Museum die Rückgabvereinbarung zu den Stuttgarter Benin-Bronzen. Für Nigeria setzten der Botschafter in Berlin, Yusuf Maimata Tuggar, und Abba Isa Tijani, Generaldirektor der nigerianischen Museums- und Denkmalbehörde, ihre Unterschriften unter das Dokument, das bundesweit Modellcharakter für die Restitution afrikanischer Raubkunst hat. Mit ihm erhält Nigeria die Eigentumsrechte an 70 Objekten, die zu den sogenannten Benin-Bronzen zählen und bisher Teil der Afrika-Sammlung des Linden-Museums waren. Andere Länder und Städte wollen dem Beispiel folgen.

Doch die Leichtigkeit täuscht. Der Weg zur Rückgabe der Objekte, die größtenteils seit mehr als 120 Jahren in Stuttgart lagern, war langwierig und erforderte viel Vertrauen. Wie lange es in Deutschland brauchte, um „das Richtige zu tun“, nämlich Raubkunst zurückzugeben, zeigt ein offener Brief, den die frühere Grünen-Landtagsabgeordnete Waltraud Ulshöfer 1985 verfasste. Darin appellierte sie, sich der Kolonialgeschichte zu stellen und den Weg für die Rückgabe von geraubten Kunstwerken frei zu machen.

Nigerias Botschafter Yusuf Maimata Tuggar stellt Ulshöfer am Tag der Vertragsunterzeichnung als leuchtendes Beispiel heraus: „Mir ist es wichtig, an diejenigen zu erinnern, die schon vor vielen Jahren für die Restitution von unethisch erworbenem Kolonialgut gekämpft haben.“ Sein Dank gilt auch dem Land Baden-Württemberg, das sich 2021 als erstes Bundesland zur Restitution der Benin-Bronzen bekannt hatte und „damit den Weg für andere vorgezeichnet hat“, wie Tuggar betont. Ebenso der Stadt Stuttgart, die ihrerseits den Weg für die Rückgabe frei gemacht hatte. Land und Stadt waren gemeinsame Besitzer der Benin-Objekte - bis zur Vertragsunterzeichnung am Mittwoch.

Die Ernsthaftigkeit, mit der Land, Stadt und Linden-Museum das Thema bearbeitet haben, zeigt Früchte, die bundesweit und international beachtet werden. Sie prägt auch den Geist der Vertragsunterzeichnung am Mittwoch. „Die Menschen in Nigeria bekommen einen Teil ihrer Geschichte zurück“, sagte Olschowski. Die Vertreter Nigerias zeigten sich bewegt. Die Nigerianer würden jetzt Gelegenheit bekommen, etwas „über sich selbst und ihre Geschichte zu erfahren“, betonte der Botschafter.

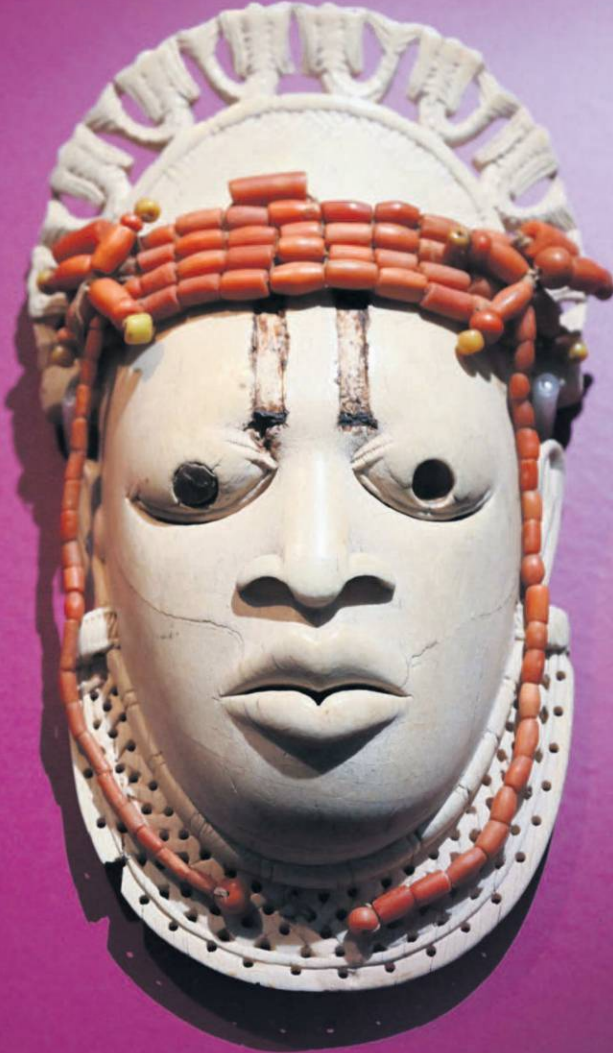
Der Anfang dazu ist gemacht. Als erstes Objekt übergab Kunstministerin Olschowski eine seltene Zeremonialmaske aus dem 16. Jahrhundert an den Generaldirektor der nigerianischen Museums- und Denkmalbehörde. Die Maske, bisheriges Herzstück der Stuttgarter Afrika-Sammlung, soll zusammen mit Exponaten aus anderen deutschen Museen noch vor Weihnachten zurückgebracht werden. Bundesaußenministerin Annalena Baerbock, Kulturstaaatsministerin Claudia Roth und Kunstministerin Olschowski reisen dafür in Kürze nach Nigeria. Der Delegation wird auch die Direktorin des Linden-Museums, Inés de Castro, angehören. Künftiger Ausstellungsort der Maske und weiterer 45 Objekte, die jetzt noch in Stuttgart lagern, könnte dann das im Bau befindliche Edo Museum of West African Art in der Millionenstadt Benin-City sein.

Im Bundesstaat Edo scheint das allerdings nicht unumstritten zu sein. Wie die nigerianische Zeitung „Sun“ berichtet, will der amtierende Oba (König) von Benin, Ewuare II., die Objekte in einem noch zu bauenden königlichen Museum ausgestellt sehen und nicht im Edo Museum of West African Art. Er vertritt damit eine andere Meinung als der Gouverneur des Bundeslands Edo, zu dem Benin gehört. Es gebe keinen Zweifel daran, wem die Artefakte gehörten, wurde der König zitiert. Generaldirektor Tijani deutete an, dass seine Behörde den Bau von privaten Museen unterstütze, vorausgesetzt, sie erfüllten notwendige Standards. Zunächst solle die Maske jedoch im Nationalmuseum in Benin-City ausgestellt werden.

Klar ist: 24 Objekte aus der Sammlung werden als Dauerleihgabe in Stuttgart bleiben. Besucher des Staatlichen Museums für Völkerkunde haben somit weiterhin die Möglichkeit, afrikanische Kunst im Original zu sehen. „Es soll kein Vakuum entstehen“, betonte Generaldirektor Tijani, der als Stu-

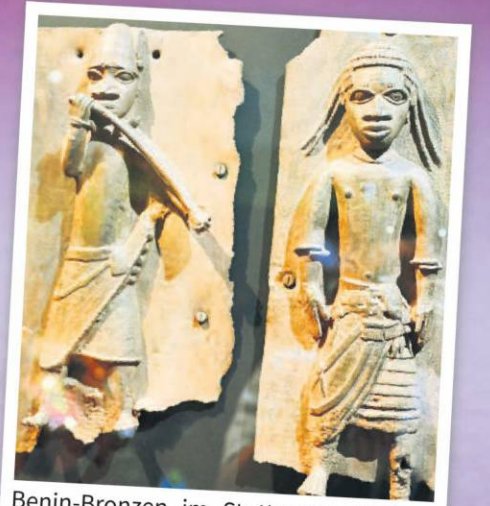
Ein Verlust, der ein Gewinn ist

Im Stuttgarter Linden-Museum besiegeln Stadt und Land die Rückgabe kolonialen Raubguts und schauen voraus in die Zukunft.



Die zeremonielle Miniaturmaske aus dem 16. Jahrhundert kehrt nach 125 Jahren ins heutige Nigeria zurück

Foto: dpa/Bernd Weißbrod



Benin-Bronzen im Stuttgarter Linden-Museum.

Foto: dpa/Bernd Weißbrod



Die Kunstministerin Petra Olschowski und Abba Isa Tijani, der Generaldirektor der National Commission for Museums and Monuments in Nigeria, bei der Übergabe

Foto: Lichtgut/Leif Piechowski

dent am Linden-Museum gearbeitet hatte. Glücklich ist Museumsdirektorin de Castro darüber, dass es sich auch um wertvolle Stücke handelt, darunter hölzerne Ahnenköpfe und ein Zeremonialschwert.

Das ihr der Abschied von der am Mittwoch übergebenen Maske schwerfällt, dem „Herzstück“ der Afrika-Sammlung, verhehlt de Castro nicht. Mit den Vertragspartnern ist sie sich jedoch einig, „das Richtige getan zu haben“: „Wir verlieren nichts, wir gewinnen vielmehr etwas: Vertrauen und Partnerschaft“, sagte de Castro. Davon war am Mittwoch viel zu spüren. Generaldirektor Tijani sprach von einer „neuen Partnerschaft mit vielfältigem Nutzen für alle Seiten“. Botschafter Tuggar betonte: „Wir gewinnen alle etwas. Die Restitution ist der Beginn einer Zusammenarbeit, die auf Vertrauen gegründet ist.“

Auch deshalb fiel am Mittwoch häufig das Wort „historisch“.

Mit der Vertragsunterzeichnung am Mittwoch hat es nicht sein Bewenden. Land, Stadt und Museum sind auch mit Vertretern Namibias und Kameruns im Gespräch. „Das Land bekennt sich zur ethisch-moralischen Verpflichtung, Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten, dessen Aneignung in ethisch nicht mehr vertretbarer Weise erfolgte, an Herkunftsgesellschaften und -staaten zurückzugeben“, betonte die Kunstministerin. Auch hier gehe es darum, zunächst eine breite Vertrauensbasis zu schaffen.

Benin-Bronzen in Stuttgart

Raubkunst 1897 erstürmten britische Truppen Benin-City, die Hauptstadt des Königreichs Benin im heutigen Nigeria. Dabei erbeuteten sie Kunstwerke aus Bronze, Holz und Elfenbein, die heute unter dem Begriff Benin-Bronzen bekannt sind. Das Raubgut, darunter die wertvolle Maske aus dem 16. Jahrhundert (s. Foto groß), die nun Stuttgart verlässt, gelangte in den Kunsthandel und von dort in Museen und Sammlungen. Darunter auch ins Linden-Museum. Die meisten seiner 70 Benin-Objekte sind seit mehr als 120 Jahren in Stuttgart. 46 kehren jetzt zurück. 24 bleiben als Dauerleihgaben des nigerianischen Staates hier. **red**

Kommentar

Für eine Zukunft auf Augenhöhe

Das Land bestätigt seine Vorreiterrolle bei der Rückgabe von Raubkunst.

Das Wort ist schnell gesagt: „historisch“. An diesem 14. Dezember gilt es. Das Land Baden-Württemberg und die Landeshauptstadt Stuttgart übertragen die Eigentumsrechte aller 70 Objekte des Königreichs Benin aus dem Linden-Museum Stuttgart an den Staat Nigeria.

125 Jahre nach ihrem Raub aus der Hauptstadt des damaligen Königreiches Benin in Westafrika kehren die Kulturschätze nach Benin-City zurück. Auf die Masken und Figuren wartet das Edo Museum of West African Art (Emowaa). 2021 stand es auf Platz 40 der 50 weltweit einflussreichsten Projekte, 2024 soll das Emowaa eröffnet werden. Als Museum. Als Bibliothek. Als Bildungszentrum. Erbaut auf den Ruinen der 1897 von den Briten zerstörten Königsstadt.

Schon jetzt ist das Emowaa gefeiertes Sinnbild einer Auferstehung. Es geht um das Wissen um die eigene Geschichte. Darum, diese aus der eigenen Perspektive schreiben zu können. Zugleich ist das Emowaa auch ein Einschnitt für Nigeria. Menschen gegen Material, Sklaven gegen Messing: Das ist die Kette, die die (Handels-)Macht des Königreichs Benin festigt. Und das Messing fließt, auch nach Ende des Sklavenhandels, in jene Figuren, die wir als Benin-Bronzen kennen. Auch davon soll im Emowaa die Rede sein.

Im Februar 1897 landeten die Briten mit 1200 Mann vor Benin-City. Ein Unrechtsregime, das sich mit Menschenopfern an der Macht halte, soll beseitigt werden. Tatsächlich stört Benin „britische Interessen“. Mit an Bord: Maschinengewehre. Benin-City erlebt das erste MG-Dauerfeuer der Geschichte, nach einer Woche ist alles vorbei. Die Angaben zu Todeszahlen schwanken. Waren es 10 000? 50 000?

Ein Offizier notiert: „Das ganze Camp ist voller Beute. Viele Bronzefiguren und geschnitzte Elfenbeinzähne.“ Die Beute muss die Kosten für die „Strafexpedition“ decken –



VON NIKOLAI FORSTBAUER

bei Auktionen in der Heimat. Gesandte europäischer Museen überboten sich. Auch in Stuttgart ist das Interesse groß. Karl Graf von Linden (1838–1910), Jurist am württembergischen Königshof, hat als Vorsitzender des Württembergischen Vereins für Handelsgeografie nur ein Ziel: ein Museum für Völkerkunde.

1889 wird es eröffnet – als Teil des Hauses der Wirtschaft. Die Sammlung wächst schnell. Europas Hunger nach dem „Anderen“ ist enorm. 1911, kurz nach Lindens Tod, öffnet das nach seinem Gründer benannte Völkerkundemuseum. Im Bestand: 78 Objekte aus dem Königreich Benin. Wissenschaftlich korrigiert sich diese Zahl auf 69, 1964 kommt aus dem Kunsthandel eine Maske hinzu, die bald zur Inkunabel wird.

Seit 2021 ist klar: Die deutschen Museen geben ihre Werke zurück. Vor allem Baden-Württemberg hatte Druck gemacht – und zeigt erneut Flagge. „Das Land Baden-Württemberg und die Landeshauptstadt Stuttgart“, heißt es offiziell, „sind nach der Stiftung Preussischer Kulturbesitz die ersten öffentlichen Eigentümer, die Objekte aus dem Königreich Benin restituieren und die Eigentumsrechte aller 70 Objekte des Königreichs Benin aus dem Linden-Museum Stuttgart an den Staat Nigeria übertragen.“

Für Baden-Württemberg, das die Erinnerungskultur zu einem Markenzeichen gemacht hat, kann es nur diesen Schritt geben. Das Linden-Museum und das Team um Direktorin Inés de Castro haben ihn muster- gültig vorbereitet. Auch dies gehört zu diesem 14. Dezember 2022 – und kann Ausgangspunkt für eine Zukunft auf Augenhöhe sein. Schmerzliches bleibt. Allem voran menschliche Überreste in Museen und universitären Sammlungen. Eine „Heilung“? Ist noch nicht wirklich in Sicht. Die Voraussetzungen dafür aber sind deutlich verbessert. Das schönste Zeichen: 24 Figuren bleiben als Dauerleihgabe in Stuttgart.



„Ich habe eine gewisse Distanz zum Geschäft aufgebaut. Der Fußball ist kälter geworden, die Emotionen kleiner. (...) Ich verspüre Lust auf Terminlosigkeit, auf Laissez-faire, nicht mehr Fußball gucken zu müssen. Vielleicht überlagert das meine Wehmut.“

Béla Réthy, Reporter (66). Er kommentierte am Mittwoch im ZDF das WM-Halbfinale Frankreich – Marokko als letztes Spiel seiner TV-Karriere. Foto: dpa/Axel Heimken